

# Jahresbericht des BdB e.V. 2017

## Einleitung

Für die einen gleicht das BdB-Jahr 2017 einer Achterbahnfahrt, für die anderen einem Krimi. Das kurzfristige Ziel: eine höhere Vergütung für Berufsbetreuer. Für Vorstand, Geschäftsstelle und Landesgruppen startet 2017 mit einer noch höheren Taktzahl als 2016. Eine Stellungnahme jagt die nächste. Der Zwischenbericht zur Studie „Qualität in der rechtlichen Betreuung“ des Bundesjustizministeriums (BMJV-Studie) liegt vor. Der BdB arbeitet intensiv daran mit und beeinflusst viele Textstellen maßgeblich. Einige Landtagswahlen und die Bundestagswahl stehen an. Was den entscheidenden Unterschied zum Vorjahr ausmacht: Der Verband genießt zunehmenden politischen Einfluss. Das kurzfristig wichtigste Vorhaben, die Vergütungserhöhung, wird von den Regierungsfractionen bereits in eine Gesetzesinitiative gegossen. Dies ändert alles. Denn nun zählen nicht mehr nur Worte, ab jetzt müssen politische Taten folgen. Und das würde kosten. In diesem Fall die Länder. Im Laufe des Jahres erlebt der Verband viel Unterstützung von hohen Stellen in der Regierung. Aber auch gebrochene Versprechen und eine Desinformations-Kampagne einzelner Landespolitiker mit unwahren Inhalten.

Der BdB erfährt über seine zahlreichen Kanäle zur Landespolitik, dass hier die Reihen der Befürworter bröckeln. In dieser Stimmung kommt der BdB auf seiner Jahrestagung zusammen. Das gibt neue Kraft! Nach vielen Diskussionen fahren die meisten gestärkt und kämpferisch nach Hause. Der einstimmige Bundestagsbeschluss am 18. Mai noch vor Veröffentlichung des Abschlussberichts der BMJV-Studie setzt ein starkes Signal.

Dann empfiehlt der Rechtsausschuss des Bundesrates, dort die Vergütungserhöhung nicht zu behandeln. Die Leitung des Verbandes reagiert sofort. In vielen einzelnen Terminen wird mit Landespolitikern gesprochen. Am 7. Juli lässt der Bundesrat die Vergütungserhöhung dennoch durch Absetzen von der Tagesordnung für 2017 platzen.

Die Wut der Mitglieder bahnt sich einen Weg über die zahlreichen Aktionsideen und Banner, welche die Geschäftsstelle schnell zur Verfügung stellt. Auch bei einem Negativbericht über den Berufsstand des ZDF-Formats Frontal 21 ruft das Hamburger Team am gleichen Tag zum Protest auf. Die Flut der E-Mails und der persönliche Kontakt zur Redakteurin öffnet eine neue Chance zur Berichterstattung aus Sicht der Betreuer.

Die Geschäftsstelle setzt ressortübergreifend das Projekt „Mitgliederorientierung“ ein. Sie nimmt beispielsweise Initiativen und Energie aus den Landesgruppen auf, will sie allen zugänglich machen und daraus langfristige Strukturen aufbauen. Das Ziel: Der Verband und seine Mitglieder gehen Hand in Hand. Daran arbeiten wir in 2018 weiter.

Ende des Jahres nehmen die BdB-Stellungnahmen noch einmal Fahrt auf, die Studie des IGES zum Erforderlichkeitsgrundsatz inklusive des Modellprojektes einer Clearingstelle wird kommentiert und ein eigener Projektvorschlag für eine selbstmandatierte Unterstützung vorgelegt. Zu Entwürfen des Abschlussberichts der BMJV-Studie werden umfangreiche Stellungnahmen erarbeitet, die zum Teil auch Berücksichtigung finden. Die öffentliche Stellungnahme des BdB wertet die Studie bis in die Tiefen aus. Zugleich bietet sie den roten Faden für die wichtigsten Schritte der nächsten Jahre. Eine lohnende Lektüre! 2017 aus fachlicher Sicht können Sie zudem in unserem neuen Jahrbuch nachlesen.

Insgesamt schließen wir das Jahr mit einem deutlichen Mitgliederzuwachs nach einem Minus im vergangenen Jahr. Auch finanziell stehen wir besser da als geplant. Die steigende Mitgliederzahl, aber auch Minder Ausgaben infolge von Stellenvakanzen und Nichtausschöpfung der Budgets der Landesgruppen sind nur einige der Gründe.

Sie sehen also: wir haben 2017 unser wichtigstes Ziel nicht erreicht. Aber wir starten rund um gestärkt in 2018. Und mit höhe-

ren Forderungen. Die Argumente liegen nun bei uns.

## Organe & Gremien im BdB

### Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung des BdB e.V. fand am 28. April 2017 im Rahmen der Jahrestagung in Radebeul statt. Nach den Berichten von Vorstand und Geschäftsführung erfolgte auf Antrag der Kassenprüfer die Entlastung des Vorstands. Unter der Überschrift „Professionalisierung ohne Wenn und Aber“ wurde der von Vorstand und Länderrat vorgelegte Leitantrag zur Verbandspolitik diskutiert und einstimmig beschlossen. Unter dem Eindruck der wenige Tage vor der Delegiertenversammlung gescheiterten Einigungsbemühungen des Rechtsausschusses des Bundestages mit Vertretern der Bundesländer verabschiedete die Delegiertenversammlung eine im Wege der Dringlichkeit auf die Tagesordnung genommene Resolution, mit der an die Politik appelliert wurde, die in der Diskussion stehende Erhöhung der Stundensätze um 15 Prozent zu beschließen.

Mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit beschloss die Delegiertenversammlung einige Satzungsänderungen. So wurde die Ermächtigung zum Erlass einer Datenschutzordnung in die Satzung aufgenommen, von der dann auch durch Verabschiedung der Datenschutzordnung Gebrauch gemacht wurde. Bereits mit Blick auf die Europäische Datenschutz-Grundverordnung wurden Bestimmungen zur Datenerhebung und Datenverarbeitung sowie zur Weitergabe von Daten aufgenommen. Weitere Satzungsänderungen betrafen Regelungen zur Amtszeit von Delegierten und die Erhöhung der möglichen Anzahl von Landesvorstandsmitglieder auf bis zu sieben.

In der folgenden Wahl des Bundesvorstandes wurden – erstmalig in der Verbandsgeschichte – alle Mitglieder des Bundesvorstandes wiedergewählt. Zu Kassenprüfern wurden Birgit Lordick, Andreas Witte und Udo Klös wiedergewählt.

## Länderrat

Der Länderrat ist 2017 zweimal zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Sitzung am 23./24. Februar 2017 standen die Folgerungen aus dem Zwischenbericht der Qualitätsstudie und daraus folgender politischer Aktivitäten, die Vorbereitung der Delegiertenversammlung und der Wirtschaftsplan für das Jahr 2017. Nach Vorlage des Zwischenberichts hatte die regierungstragenden Fraktionen eine Gesetzesinitiative zur Erhöhung der Stundensätze um 25 Prozent ergriffen, diese allerdings mit der Einführung einer Ehegattenbeistandschaft für Notsituationen im Gesundheitsbereich verknüpft. Erkennbar war bereits zu diesem Zeitpunkt ein erheblicher Widerstand seitens der Bundesländer, weshalb die BdB-Strategie insbesondere an Gespräche auf Landesebene anzusetzen versuchte. Siehe hierzu den Berichtsteil zur politischen Lobbyarbeit (Seite 57).

Der Länderrat schloss sich weiter dem vom Vorstand vorgelegten Leit Antrag und den meisten Anträgen zur Änderung der Satzung an. Zum Datenschutz regte der Länderrat den Erlass einer Datenschutzordnung anstelle einer Satzungsänderung an. Weiter wurde der Jahresabschluss 2016 zur Kenntnis genommen und der Wirtschaftsplan 2017 beschlossen. Schließlich bestellte der Länderrat Holger Marx als Vertreter der örtlichen Betreuungsbehörden in den Qualitätsbeirat.

Auf der zweiten Sitzung am 28./29.9.2017 in Potsdam stand im Mittelpunkt die Beratung des weiteren Vorgehens des BdB nach der Bundestagswahl, insbesondere wie der Kampf um die Vergütungserhöhung vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Abschlussberichts der Qualitätsstudie in der nächsten Zeit weitergehen sollte. Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Länderrat, die Ergebnisse der Qualitätsstudie zur Vergütung (24 Prozent mehr Zeit, 25 Prozent mehr Geld) als Sofortforderung zu übernehmen und bei der neuen Bundesregierung auf eine neue Gesetzesinitiative zu drängen. Die Qualitätsparameter aus den BdB-Wahlprüfsteinen (Regelungen zur Berufszulassung, neues Vergütungssystem, Professionalisierung) sollen in die weitere Qualitätsdiskussion eingebracht werden. Für unterstützte Entscheidungsfindung, Fortbildungen und Supervision sollen dann auch weitere Zuschläge bei den Zeitpauschalen gefordert werden.

Weiter beschloss der Länderrat in dieser Sitzung eine turnusmäßige Neubesetzung des Qualitätsbeirats, die Aufwandsentschädigungen für die Vorstandsmitglieder und Vorschläge



Der Länderrat wird durch den brandenburgischen Landtag von SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Mike Bischoff geführt.

zu einer Satzungsänderung zwecks Verkürzung der Ladungsfristen von Länderrat und Delegiertenversammlung. Im Rahmen des Berichts des Geschäftsführers nahm der Länderrat auch einen Statusbericht zur Finanzsituation mit Aussicht auf ein positives Jahresergebnis zur Kenntnis. Zur Vorbereitung des Wirtschaftsplans trafen sich vorab die Finanzverantwortlichen der Landesgruppen am 10.2.2017 in Hamburg.

Die Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen des Länderrats lagen jeweils in der Verantwortung einer Landesgruppe. Für die Februar-Sitzung war das die Landesgruppe Sachsen-Anhalt, für die im September die Landesgruppe Brandenburg. Im Rahmen der Sitzung des Länderrates im September fand als Beiprogramm eine Besichtigung des brandenburgischen Landtags mit Führung durch den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Mike Bischoff statt. (Foto)

## Vorstand

Im Jahr 2017 hat der siebenköpfige Bundesvorstand insgesamt zehnmal getagt, in der Regel zweitägig in Hamburg oder andernorts eintägig im Vorfeld und zur Vorbereitung von Tagungen der Verbandsorgane und -gremien (Delegiertenversammlung, Länderrat, Qualitätsbeirat). Im Januar fand eine gemeinsame Klausurtagung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle statt. Erstmals führte der Vorstand eine dreitägige Klausurtagung mit Teambildungselementen im August in Grainau durch. Regelmäßige Themen der Vorstandssitzungen waren die Mitgliederentwicklung, die Finanzsituation, Berichte aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen und seitens der Geschäftsführung sowie das Beschlusscontrolling. Darüber hinaus wurden in regelmäßigen Abständen die Tagungen der Verbandsorgane Länderrat und Delegiertenversammlung, die Jahrestagung und der Qualitätsbeirat inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Absolutes Schwerpunktthema 2017 war die jeweilige

politische Situation zur Vergütungserhöhung. Dazu gehörte jeweils auch die Erarbeitung von Stellungnahmen zum Zwischenbericht und zu Entwürfen des Abschlussberichtes der Qualitätsstudie. Zum Vorschlag des IGES aus der Untersuchung zum Erforderlichkeitsgrundsatz auf Einrichtung einer Clearingstelle zur zeitlich begrenzten Fallverantwortung hat der Vorstand einen Vorschlag für ein eigenes Modellprojekt zur selbstmandatierten Unterstützung erarbeitet. Weitere Themen der Vorstandssitzung waren die Weiterentwicklung des Betreuungsmanagements, eine Kommentierung zu den überarbeiteten Empfehlungen zur Betreuerbestellung, die Erarbeitung eines Berufs- und Kammergesetzes und die Re-Registrierung im QR. Die Arbeit des Vorstandes ist nach Ressorts gegliedert, wobei das jeweilige Vorstandsmitglied mit einer bzw. einem Mitarbeiter/in der Geschäftsstelle diese Thematik bearbeitet und auf diese Weise Entscheidungen des Vorstands vorbereitet. So wird auch jede BAG von einem Vorstandsmitglied und einem/einer Mitarbeiter/in koordiniert. Jedes Vorstandsmitglied ist im Rahmen einer Patenschaft auch zuständig für eine oder mehrere Landesgruppen. Es nimmt regelmäßig insbesondere an der jeweiligen Mitgliederversammlung teil und steht als Ansprechpartner/in zur Verfügung. Vorstandsmitglieder haben in unterschiedlichen Zusammenhängen an Gesprächen mit Politik und Ministerien auf Bundes- und Landesebene teilgenommen.

Neben den Vorstandssitzungen und den Patenschaften für die Landesgruppen betreibt der Vorstand intensiv Lobbyarbeit durch politische Gespräche auf Bundesebene sowie durch die Mitarbeit des Vorsitzenden an den Beiräten für zwei Forschungsprojekte des BMJV zur Qualität in der rechtlichen Betreuung und zum Erforderlichkeitsprinzip. Zur Lobbyarbeit gehört auch die Mitarbeit im Kasseler Forum und das Bestreben, mit anderen Organisationen wie dem Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE), dem Dachverband Gemeindepsychia-

**Aufgabenverteilung im Vorstand**

Aufgabengebiet	Vorstandsmitglied
Politik, Öffentlichkeitsarbeit	Thorsten Becker
Vereine, Organisation und Verwaltung	Hennes Göers
Fachlichkeit	Rainer Sobota
Finanzen, Qualitätsentwicklung/ipb	Iris Peymann
Service, Kooperationspartner	Jochen Halbreiter
Länderpolitik, Kampagnen, Vertretung materieller Interessen	Heike Looser
Schriftführer und angrenzende Tätigkeiten des Berufs	Christian Kästner

**Landesgruppenpatenschaften**

Landesgruppe	Vorstandsmitglied
Baden-Württemberg	Hennes Göers
Bayern	Jochen Halbreiter
Brandenburg	Christian Kästner
Bremen	Rainer Sobota
Berlin	Hennes Göers
Hamburg	Iris Peymann
Hessen	Thorsten Becker
Mecklenburg-Vorpommern	Hennes Göers
Niedersachsen	Rainer Sobota
Nordrhein-Westfalen	Heike Looser
Rheinland-Pfalz	Heike Looser
Saarland	Heike Looser
Sachsen	Jochen Halbreiter
Sachsen-Anhalt	Heike Looser
Schleswig-Holstein	Iris Peymann
Thüringen	Christian Kästner

trie oder der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zu Gemeinsamkeiten in Einzelfragen zu kommen.

**Beirat für Qualitätsentwicklung**

Der Beirat für Qualitätsentwicklung tagte 2017 zweimal: am 10.6.2017 und am 2.12.2017 jeweils in Hamburg unter Vorsitz von Ulrich Engelfried, der in der Dezembersitzung nach erfolgter Neubesetzung des Qualitätsbeirates wiedergewählt wurde Themen der Beiratsitzung waren jeweils der aktuelle Stand der Vergütungsdiskussion. Im Dezember stellte Dr. Dietrich Engels den Abschlussbericht der



BdB-Qualitätsbeirat

rechtstatsächlichen Untersuchung zur Qualität in der Betreuung vor, den er als „die aktuellste, weitaus umfassendste und weitaus stabilste Befragung zur Betreuung, die wir jemals hatten“, bezeichnete. Weitere Themen waren die Kommentierung der überarbeiteten Kriterien zur Betreuerauswahl von BAGüS und kommunalen Spitzenverbänden, der Entwurf eines Standards für Zwangsbehandlung, die Vorstellung des neuen Betreuungs-/Besorgungsmanagements durch Frau Angela Roder und das Konzept für QR-Auditierungen. Neu berufen in den Beirat wurden Holger Marx als Vertreter der örtlichen Betreuungsbehörden, den aus einschlägigen Veröffentlichungen und vor allem die nach ihm benannte Betrauungsstatistik bekannten Horst Deinert, Anja Walecki von der überörtlichen Betreuungsbehörde Bremen und Birgit Görres vom Dachverband Gemeindepsychiatrie, für die dann in der Folge Petra Gödel-Ehrhardt aus dem Vorstand der Gemeindepsychiatrie teilnahm, sowie der ipb-Geschäftsführer Martin Eck. (Foto)

**Schiedskommission**

Die Schiedskommission war 2017 mit 3 Fällen beschäftigt. Hiervon wurde eine Sache durch Entscheidung der Schiedskommission beendet und bei den übrigen Fällen die Anträge jeweils zurückgenommen. In dem entschiedenen Fall musste leider erneut ein Mitglied wegen Verstoßes gegen verbandsrechtliche Regeln ausgeschlossen werden. Die anderen Fälle konnten ohne Entscheidung der Schiedskommission geklärt werden. In einer Sache wurde der Antrag der Beschwerdestelle zurückgenommen; in dem anderen Fall sind zunächst vorgelagerte Maßnahmen beabsichtigt gewesen, denen das Betroffene Mitglied durch eigenen Austritt aus dem Verband zuvor kam.

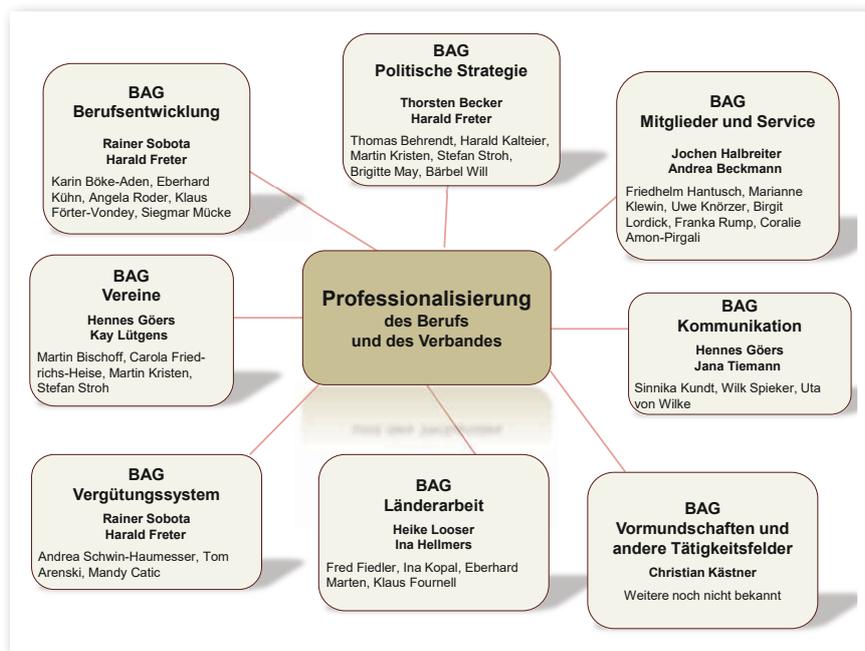
**(Bundes-)Arbeitsgemeinschaften**

Zur Beratung und Unterstützung des Vorstands hat dieser Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) eingerichtet. Alle BAG werden von Vorstandsmitgliedern geleitet. Außerdem sorgen Mitar-

beiter/innen der Geschäftsstelle für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Organisation. Folgende BAG waren 2017 tätig:

Die **BAG Politische Strategie** hat den Auftrag, politische Entwicklungen im Bereich der Betreuung zu beobachten und zu bewerten und daraus Strategien zur Durchsetzung der berufspolitischen Vorstellungen des Verbandes zu entwickeln. Dazu gehören die Grundsatzfragen der Kampagnen und die Bündnispolitik. Außerdem behandelt die BAG das Konzept für ein Berufsgesetz bzw. eine Berufskammer. 2017 wurden zwei Sitzungen durchgeführt, in denen sich mit dem jeweiligen Stand der politischen Entwicklungen und der rechtstatsächlichen Untersuchung des BMJV zur Qualität in der rechtlichen Betreuung befasst wurde. Daraus wurden Überlegungen zur künftigen Strategie des Verbandes nach innen und außen abgeleitet. Außerdem wurde nach der Bundestagswahl ein konkreter Formulierungsvorschlag für den Koalitionsvertrag einer damals noch in Rede stehenden „Jamaika-Koalition“ erarbeitet.

Die **BAG Berufsentwicklung** kam im Jahr 2017 insgesamt dreimal zusammen. Auftrag der BAG nach der Neuwahl des Vorstandes ist die Überarbeitung der Berufsleitlinien, des Berufsbildes und der Berufsethik unter Berücksichtigung der Anforderungen der UN-BRK sowie die Erarbeitung von Konzepten für den Berufseinstieg und den Berufsausstieg. Zur Berufsethik und den Berufsleitlinien kam die BAG zu dem Ergebnis, dass eigentlich eine vollständige Revision des gesamten Dokuments erforderlich wäre, derzeit aber nur eine redaktionelle Überarbeitung möglich ist, an der dann auch die Arbeit begonnen wurde ebenso wie an Arbeitshilfen zum Berufsausstieg, für die eine Arbeitsgruppe aus Vorstandsmitgliedern einen Vorschlag erarbeitet hatte. Ziel soll es sein, dass es künftig keine Betriebsaufgaben gibt, sondern es stattdessen zu Betriebsübergaben kommt.



Die **BAG Länderarbeit** arbeitet intensiv an der Stärkung der Landesgruppen. 2017 kam die BAG insgesamt viermal zusammen.

Es wurde ein Leitfaden ‚Vorstandsarbeit‘ als Handreichung für Mitglieder in den Landesgruppenvorständen erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Im Mai 2017 fand das erste Einführungstreffen für neue Vorstandsmitglieder in Hamburg statt.

Darüber hinaus können wir seit 2017 neuen Mitgliedern in den Landesgruppenvorständen eine ‚Checkliste‘ zur Verfügung stellen mit wichtigen organisatorischen und inhaltlichen Hinweisen für den Start ihrer Verbandsarbeit.

Die BAG hat intensiv die Rolle und Aufgaben der einzelnen Vorstandspositionen diskutiert. Neben dem Landessprecher und Finanzverantwortlichen wurde eine neue Funktion ‚Öffentlichkeitsarbeit‘ als notwendig eingeschätzt. Die BAG wird 2018 für Landesgruppen eine Empfehlung zur Organisation der Vorstandsarbeit anbieten, die es den Landesgruppen auch erleichtern soll, neue Aktive für die Vorstandsarbeit zu finden.

Vom Bundesvorstand wurde die BAG Länder zu folgenden Fragen um Einschätzung aus Ländersicht und um Lösungsansätze gebeten: Zur Struktur der Länderbudgets und zum ipb-Fortbildungskonzept für Landesgruppen.

Auch in diesem Jahr gab es wieder mehrere Sitzungen der BAG Vereine. Inhalt der Arbeit war vor allem wieder die Auseinandersetzung mit der schlechten finanziellen Lage vieler

Betreuungsvereine und in diesem Zusammenhang auch der Ergebnisse der ISG-Studie sowie der Reaktion der Bundesländer auf die vom Bundestag beschlossene Erhöhung der Betreuervergütung. Soweit sich die Bundesländer lediglich für eine verstärkte Förderung der Querschnittsarbeit der Betreuungsvereine aussprechen, ergibt sich daraus auch für Betreuungsvereine keine Zukunftsperspektive, da der zweite wichtige Aufgabenbereich (die berufliche Führung von Betreuungen) aus den derzeitigen Vergütungssätzen nicht ausreichend finanziert werden kann und eine effektive Querschnittsarbeit ohne die durch die eigene Führung von Betreuungen und das dadurch gewonnene Erfahrungswissen nicht möglich ist.

Die Aufgaben der **BAG Mitglieder und Service** bestehen darin, die Mitgliederorientierung in der Verbandsarbeit auf allen Ebenen in den Fokus zu stellen sowie den Service und die Dienstleistungen für die Mitglieder auszubauen. 2017 fand eine Sitzung statt, die teilweise gemeinsam mit der BAG Länder gestaltet wurde, um inhaltliche Schnittmengen abzustimmen. Des Weiteren wurde das Projekt „Mitgliederorientierung“ als zentrale Aufgabe des BdB dargestellt. Die Ziele des Projektes sind eine nachhaltige Mitgliederentwicklung sowie eine stärkere Ausrichtung aller Ebenen des Verbandes auf die Bedürfnisse, Anforderungen und die Perspektive der Mitglieder. Maßnahmen und Aktivitäten aus dem Projekt oder der BAG für die Mitglieder werden sich ergänzen. Außerdem wurden konkrete Vorschläge zum Ausbau des Service- und Dienstleistungsangebots für Mitglieder diskutiert und zur weiteren Prüfung beauftragt.

Die **BAG Kommunikation** unterstützt bei der stetigen Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes.

Die BAG erhielt vom Bundesvorstand den Auftrag folgende Themen zu bearbeiten: Mitgliederorientierte Ausrichtung der Kommunikationskanäle des BdB, Erarbeitung eines Twitter-Konzepts für den Verband. In ihrer Sitzung am 21.11.2017 bewertete die BAG die aktuellen Kommunikationskanäle des BdB in einer ersten Bestandsaufnahme und sammelte Änderungsvorschläge. Außerdem sprach sie Empfehlungen an den Vorstand zu den Themen „Aufbau eines internen Forums auf der Homepage“, „Gendern“, „Vorgehen zum Einführen eines Newsletters“ und „Prioritäten in der Weiterentwicklung der BdB-Kanäle“.

### Landesgruppen

Die 16 Landesgruppen haben zahlreiche Fortbildungen und Mitgliederversammlungen organisiert. Das ipb hat als Dienstleister 9 Tage Länderfortbildungen geleistet in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein, zweimal in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und zweimal in Brandenburg.

Durch die zunehmende Politisierung der Landesgruppen-Arbeit verstärkte sich auch die Termin- und Aufgabendichte in den Ländern. Es gab in allen Landesgruppen zielgerichtete Kontakte in den jeweiligen politischen Raum im Rahmen unserer Kampagnenstrategie.

Mitgliederversammlungen der Landesgruppen:	
Baden-Württemberg:	03.03.17 & 01.12.2017
Bayern:	03.02.17 & 13.12.17
Berlin:	26.06.17
Brandenburg:	01.03.17
Bremen:	01.11.17
Hamburg:	29.03.17 & 07.09.17
Hessen:	24.01.17
Mecklenb.-Vorpommern:	10.03.17
Niedersachsen:	15.06.17
Nordrhein-Westfalen:	11.02.17 & 18.11.17
Rheinland-Pfalz:	30.06.17 & 17.11.17
Saarland:	19.04.17 & 29.11.17
Sachsen:	08.02.17
Sachsen-Anhalt:	20.09.17
Schleswig-Holstein:	10.02.17
Thüringen:	01.03.17

In drei Ländern (NRW, Saarland und Schleswig-Holstein) fanden Landtagswahlen statt, welche von der jeweiligen Landesgruppe in Form von Wahlprüfsteinen und Formulierungsvorschlägen zum Koalitionsvertrag intensiv politisch begleitet wurden.

Jede Landesgruppe hat einen eigenen Vorstand, bei dem die Funktion des Sprechers und des Finanzverantwortlichen vergeben wird. In vielen Landesgruppen gibt es darüber hinaus auch Verantwortliche für Mitgliederbetreuung, Kampagnenkoordination, Pressearbeit, Fortbildungen, politische Lobbyarbeit. Jede Landesgruppe verfügt über ein Budget in Eigenverantwortung.

### Geschäftsstelle

Ende 2017 waren in der Bundesgeschäftsstelle des BdB zwölf angestellte Mitarbeiter/innen beschäftigt. Das am 1.4.2016 ausgegründete Institut mit vier Mitarbeiter/innen hatte drei Büroräume angemietet, wofür ein Untermiet-

vertrag abgeschlossen wurde. Außerdem nutzt das Institut die Infrastruktur der Geschäftsstelle, wie z.B. den Seminarraum, worüber ein Nutzungsvertrag abgeschlossen wurde.

### Politisch kämpfen

Nachdem der zweite Zwischenbericht der Qualitätsstudie den Handlungsbedarf in Sachen Vergütung verdeutlichte, konzentrierte und intensiviertere der BdB auf Bundes- und Landesebene seine Aktivitäten mit dem Ziel, noch vor der Bundestagswahl im September eine Erhöhung der Stundensätze und Zeitpauschalen zu erreichen.

Gleich zu Beginn des Jahres führten Thorsten Becker und Harald Freter mit den Berichterstattern der Regierungskoalition, Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU) und Matthias Bartke (SPD) ein Gespräch in der Geschäftsstelle, in dem ein Meinungsaustausch über die Ergebnisse und das weitere Vorgehen stattfand. Kurz darauf

kündigten die Regierungsfractionen eine Gesetzesinitiative zur Erhöhung der Betreuervergütung um 15 Prozent in allen Vergütungsstufen an. Dieser Vorschlag – gekoppelt mit der Einführung einer Ehegattenbeistandschaft in Gesundheitsfragen – wurde dann auf Grundlage einer Formulierungshilfe des BMJV in den Bundestag eingebracht und schließlich am 18. Mai 2017 beschlossen.

Bereits vorher und in der Folge konzentrierte sich der BdB darauf, in den Bundesländern für eine Zustimmung zu diesem zustimmungspflichtigen Gesetz im Bundesrat zu werben. Dazu wurden eine Reihe Gespräche geführt, u.a. mit den Ministerpräsidenten Horst Seehofer (Bayern, CSU) und Bodo Ramelow (Thüringen, Die Linke; Fotos), einer Reihe von Landesjustizministern sowie Entscheidungsträgern aus Landtagsfractionen. Erneut erwiesen sich die durch den ehemaligen Bundesratsdirektor Gerd Schmitt geknüpften Kontakte als sehr förderlich.

### Auswahl politischer Gespräche mit Bundesbeteiligung

Datum	Gremium/Termin	Teilnahme
04.01.2017	Gespräch mit MdB Dr. Sabine Sütterlin-Waack(CDU/CSU) und Dr. Matthias Bartke (SPD)	Becker, Freter
18.01.2017	Gespräch mit MdB Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen)	Becker, Freter
23.01.2017	Gespräch mit dem bayerischen Justizminister Prof. Winfried Bausback (CSU)	Becker, Freter, Schmitt
25.01.2017	Neujahrsempfang des Bundesjustizministers	Thorsten Becker
10.02.2017	Gespräch mit Justizminister Baden-Württemberg Guido Wolf (CDU)	Göers, Schmitt
16.02.2017	Gespräch mit Justizminister von Nordrhein-Westfalen Thomas Kutschaty (SPD)	Göers, Looser, Freter, Lordick
02.03.2017	Gespräch mit Justizministerin aus Mecklenburg-Vorpommern Katy Hoffmeister (CDU)	Freter, Simon, Klein
08.03.2017	Anhörung im Rechtsausschuss bzgl. Gesetzgebungsverfahren Betreuervergütung/Ehegattenbeistandschaft	Becker
22.03.2017	Gespräch mit MdB Katrin Werner (Die Linke)	Göers, Freter
28.03.2017	Gespräch mit der Schleswig-Holsteinischen Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW)	Freter, Schindler, Cremer-Neihaus
29.03.2017	Gespräch mit Dr. Heiner Garg, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein	Freter, Schindler, Buck
30.03.2017	Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung Verena Bentele	Becker, Freter
03.04.2017	Gespräch mit Dr. Carola Timm (MdHB, Sprecherin für Justiz und Datenschutz, Bündnis 90/Die Grünen), Christiane Blömeke (MdHJ, Bündnis 90/Die Grünen)	Will, Freter
06.04.2017	Gespräch mit Lars Harms, Vorsitzender der SSW-Fraktion in Schleswig-Holsteins Landtag	Freter, Schindler, Paulsen
12.04.2017	Gespräch mit den schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten Thomas Rother (SPD), Katrin Fedrowitz (SPD) und Burkhard Peters (Bündnis 90/Die Grünen)	Freter, Schindler, Hunke
04.05.2017	Gespräch mit Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) im Hessischen Ministerium der Justiz	Freter, Kalteier, Marten
24.05.2017	Gespräch mit Justizministerin von Niedersachsen Antje Niewisch-Lennartz (Bündnis 90/Die Grünen)	Sobota, Friedrichs-Heise
31.05.2017	Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zur Umsetzung der UN-BRK	Sobota
05.07.2017	Gespräch mit dem bayerischen Justizminister Prof. Winfried Bausback (CSU)	Becker, Freter, Brigitte May
18.07.2017	4. Beiratssitzung zum Forschungsvorhaben zur Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes	Becker
21.09.2017	Beiratssitzung zur BMJV-Studie bzgl. Qualität in der Rechtlichen Betreuung (Beratung Abschlussbericht)	Becker
25.10. 2017	Gespräch mit Sabine Sütterlin-Waack (CDU, Justizministerin Schleswig-Holstein)	Freter, Schindler, Cremer-Neihaus
11.11.2017	Fachtag Betreuungsrecht des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	Kästner



Thorsten Becker, Dr. Harald Freter im Gespräch mit Matthias Bartke (SPD) und Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU)

Zu den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen haben die jeweiligen BdB-Landesgruppen den kandidierenden Parteien Wahlprüfsteine vorgelegt, insbesondere zur ihrer Haltung zur anstehenden Vergütungserhöhung. Die hier gegebenen Zusagen wurden zur großen Enttäuschung der BdB-Mitglieder nicht eingehalten, als der Bundesrat am 7. Juli 2017 die Angelegenheit ohne weitere Diskussion von der Tagesordnung nahm.

Auch ein Appell an die Justizministerkonferenz und eine Intensivierung der BdB-Kampagne wie ein bundesweiter Aktionstag im September konnten daran nichts ändern.

Es gab viele weitere Gespräche der Landesgruppen, die hier nicht alle aufgeführt werden können.

## Fachliche Stärke

Unsere Schwerpunkte in der fachlichen Arbeit setzen wir auf die Entwicklung von Leitlinien

und Standards sowie die Entwicklung einer Gesetzesvorlage für eine Berufskammer. Unser Ziel ist eine Reform des Betreuungswesens und des Vergütungssystems. Zentral bei allen unseren Überlegungen ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, welche die Bundesregierung unterschrieben hat. Der Weg zur Aufwertung unseres Berufes führt für uns über die strukturelle Qualität der Arbeit. Sie ist ein wichtiger Baustein für die gesellschaftliche Wertschätzung. Unser oberstes kurzfristiges Ziel: die sofortige Steigerung der Vergütung und der Zeitanätze. Denn ohne dies können viele Berufsbetreuer nur um das berufliche Überleben kämpfen, Qualität wird nicht bezahlt.

Um diese Ziele zu erreichen und Themen voranzutreiben, wirkt der BdB in zahlreichen externen Gremien mit. Wir entwickeln eigene Konzepte und Modellprojekte zu berufsfachlichen Themen, nehmen als Experte Stellung zu Gesetzesinitiativen. Im Jahr 2017 waren dies:

## Stellungnahmen

**BdB-Erfolg: BMJV-Bericht weist nach, dass Berufsbetreuer 25 Prozent zu wenig verdienen und mehr arbeiten, als sie bezahlt bekommen.**

Von besonderer Bedeutung für die beruflich tätigen Betreuer/innen und damit für den BdB ist das Forschungsvorhaben zur Qualität in der rechtlichen Betreuung, in dem auch eine Evaluierung des Vergütungssystems und seines Zusammenhangs mit Qualitätsdefiziten erfolgte. Nach dem Forschungskonzept wurde dieser Teil der Untersuchung im Projektablauf vorgezogen und Ergebnisse in Form eines Zwischenberichtes zum Jahreswechsel 2016/17 vorgelegt und am 2.2.2017 veröffentlicht. In

Folge der Vorlage des Zwischenberichts kam es zu einer Initiative der Regierungskoalition im Bundestag zur Erhöhung der Betreuervergütung um 15 Prozent, die schließlich zu einem einstimmigen Beschluss des Bundestages am 18. Mai 2017 führte, dann aber letztlich daran scheiterte, dass der Bundesrat die Angelegenheit am 7. Juli 2017 ohne weitere Behandlung von der Tagesordnung nahm.

Der BdB hat sich intensiv mit der Auswertung des Zwischenberichtes und den im weiteren Verlauf des Jahres vorgelegten Entwürfen für den Abschlussbericht befasst. Dies mündete in eine Reihe von Anregungen zur Überarbeitung. Unter anderem wurde auf Wunsch des BMJV die Kritik des BdB an der im Abschlussbericht angedachten Festlegungskompetenz für Kontaktuntergrenzen näher ausgeführt. Vor allem aber hat der BdB in intensiver Zusammenarbeit von Vorstand und Geschäftsstelle die wesentlichen Strukturergebnisse des Berichts und die sich ergebenden Vergütungsforderungen herausgearbeitet. So zeigen Zwischenbericht wie Abschlussbericht auf empirisch breiter Grundlage auf, dass Berufsbetreuer/innen im Durchschnitt 3,3 Stunden je Fall und Monat abrechnen können, dafür aber mindestens 4,1 Stunden, unter Berücksichtigung der Arbeitszeit von Mitarbeiter/innen sogar 4,4 Stunden aufwenden müssen, also einen erheblichen Teil ihrer Arbeit nicht bezahlt bekommen. Weiter ist dem Bericht deutlich zu entnehmen, dass der Rohgewinn eines Berufsbetreuers um 24 Prozent unter dem Bruttoeinkommen eines Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit vergleichbaren Tätigkeitsmerkmalen liegt. Damit wird lediglich die prekäre Ist-Situation beschrieben, Zeitanteile für Unterstützte Entscheidungsfindung, not-



Brigitte May überreicht Bayerns damaligen Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) die Verbandschronik



Treffen der Landesgruppe Thüringen mit Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke)

wendige Fortbildungen oder Supervision sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Weitere zentrale Ergebnisse des Abschlussberichtes:

- die Feststellung einer deutlichen Überalterung der Berufsinhaber/innen, die im Zusammenhang mit den schlechten materiellen Rahmenbedingungen zu ernststen Nachwuchsproblemen führt,
- bereits jetzt ein hoher Akademisierungsgrad von 73 Prozent bei den Berufsinhaber/innen vorhanden ist, der sich aber nicht in der Vergütung widerspiegelt,
- unter den selbständig arbeitenden Berufsbetreuern nach wie vor die allein Arbeitenden dominierend sind ,
- der steigende Zeitaufwand für Betreuungen nur durch unbezahlte Mehrarbeit oder Qualitätsabstriche kompensiert werden kann mit negativen Auswirkungen auf die Klient/innen.
- der Zeitanteil für persönliche Kontakte in der Betreuung liegt bei nur 22 Prozent. Das sind im Durchschnitt 53 Minuten je Monat und Betreuung,
- die Häufigkeit der Anwendung der Unterstützten Entscheidungsfindung im beruflichen Alltag hängt eng mit der zur Verfügung stehenden Zeit zusammen, die deshalb deutlich höher sein müsste.

In den insgesamt 54 Handlungsempfehlungen des 666 Seiten starken Berichts befinden sich auch die vom BdB seit vielen Jahren erhobenen Forderungen nach Qualität, Ausbildung und Zulassung. Insgesamt geht der BdB davon aus, dass die Ergebnisse der rechtstatsächlichen Untersuchung die Diskussion um Veränderungen im Betreuungsrecht maßgeblich beeinflussen werden und Bundes- und Landespolitiker sowie die gesetzgebenden Instanzen ihre Überlegungen in einen Bezug zu diesen Ergebnisse setzen werden.

Im Dezember 2017 erarbeitete der BdB einen Vorschlag eines gemeinsamen Forderungskatalogs, der sich aus den Ergebnissen der Qualitätsstudie ableiten lässt. Das Papier wird im Rahmen eines geplanten Treffens 2018 diskutiert und verabschiedet.

#### **Stellungnahme zum vorgeschlagenen Modellprojekt „Erprobung einer zeitlich begrenzten Fallverantwortung und Assistenz“**

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat 2015 die IGES Institut

GmbH mit der Durchführung des rechtstatsächlichen Forschungsvorhabens zur „Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis im Hinblick auf vorgelagerte „andere Hilfen“ unter besonderer Berücksichtigung des am 1. Juli 2014 in Kraft getretenen „Gesetzes zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde“ beauftragt. Das Forschungsvorhaben hat im Wesentlichen empirisch untersucht, welche „anderen Hilfen“ zur Vermeidung und Begrenzung von rechtlichen Betreuungen grundsätzlich geeignet sind und ob den Betreuungsbehörden die diesbezüglichen Informationen unter Berücksichtigung der jeweiligen individuellen Bedarfe der betroffenen Person einerseits und der konkreten Möglichkeiten vor Ort andererseits in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.

Der Abschlussbericht der Studie gliedert sich in drei Teile: im ersten Band werden die zentralen Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Empfehlungen zusammengefasst. Im zweiten Teil werden die potenziell betreuungsvermeidenden „anderen Hilfen“ systematisiert und die Relevanz für die Praxis beleuchtet. Im dritten Teil werden die Dokumentationen der empirischen Ergebnisse dargestellt, zu der die Befragung der Betreuungsbehörden, Falldokumentationen, die Befragung der Betreuer sowie der Gerichte bzw. Notariate gehören. Im Oktober 2017 erschien der Abschlussbericht und eine Zusammenfassung der wesentlichen Forschungsergebnisse.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es zwar ein Potenzial zur Vermeidung rechtlicher Betreuungen beziehungsweise zur Begrenzung der Aufgabenkreise eingerichteter Betreuungen durch eine optimierte Nutzung „anderer Hilfen“ gibt, dies aber lediglich bei 5 bis 15 Prozent liegt. In diesem Rahmen wird die Erprobung des Modells einer zeitlich begrenzten Fallverantwortung und erweiterten Assistenz vorgeschlagen, in dem in geeigneten Fällen vor Einrichtung einer Betreuung zunächst versucht werden soll, die vorhandenen Probleme durch ein kurz- oder mittelfristiges Case Management zu lösen. Erst im Anschluss daran soll endgültig über die Einrichtung einer Betreuung entschieden werden. Im Rahmen eines solchen Modellprojektes sollen nach Auffassung des IGES „erfahrene“ Berufs- oder Vereinsbetreuer eingesetzt werden. Zu diesem Modellprojekt hat der BdB Stellung bezogen.

Nach Vorbereitung durch die Geschäftsstelle hat der Vorstand im November 2017 einen Alternativvorschlag beschlossen, das Modell: der selbstmandatierten Unterstützung (ehem. Modell der Geeigneten Stelle). Dieser

Vorschlag bildet den Kern der im Dezember 2017 vom BdB abgegebenen Stellungnahme zum Forschungsprojekt zum Erforderlichkeitsgrundsatz. Das BMJV zeigte sich sehr interessiert und erbat weitere konkretisierende Erläuterungen, insbesondere Fallbeispiele.

#### **BdB-Stellungnahmen an Bundesverfassungsgericht und BMJV zum Thema ärztliche Zwangsbehandlung des BMJV**

Wohl die spektakulärste Änderung war die Ende Juli 2017 in Kraft getretene Neuregelung der Behandlung gegen den natürlichen Willen eines Betreuten (sogenannte Zwangsbehandlung) in einem neuen § 1906a BGB und damit verbundene Änderungen der §§ 1906, 1901a Abs. 4 BGB.

Diese Gesetzesänderung war aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) notwendig geworden. Diesem Beschluss lag die folgende Fallkonstellation zugrunde: Eine nicht mehr einwilligungsfähige Frau litt an einer Krebserkrankung. Es war absehbar, dass diese Erkrankung ohne Operation bald sehr schmerzhaft und schließlich tödlich verlaufen würde. Die Betroffene konnte die Notwendigkeit einer Operation krankheitsbedingt nicht einsehen. Sie war durch ihre Erkrankungen bereits so geschwächt, dass sie sich nicht mehr alleine räumlich aus der Klinik entfernen konnte.

Die Betreuerin beantragte deshalb die gerichtliche Genehmigung einer Behandlung gegen den natürlichen Willen ihrer Klientin. Das Betreuungsgericht und im Beschwerdeverfahren auch das Landgericht lehnten eine Genehmigung ab. § 1906 BGB würde vorschreiben, dass eine sogenannte Zwangsbehandlung ausschließlich im Rahmen einer geschlossenen Unterbringung erfolgen dürfe – eine solche geschlossene Unterbringung könne aber nicht genehmigt werden, weil sie nicht notwendig sei, da die Betroffene sich der Behandlung aufgrund ihrer schlechten körperlichen Verfassung nicht entziehen könne. Es würde insofern eine Lücke in der gesetzlichen Regelung bestehen, die nicht einfach durch ein Gericht geschlossen werden könne.

Im Verfahren der Rechtsbeschwerde beurteilte der BGH die Rechtslage ebenso. Er sah es aber als verfassungswidrig an, dass die gesetzliche Regelung dazu führen würde, dass lediglich solchen Menschen geholfen werden könne, die zwar die Notwendigkeit einer medizinischen Behandlung nicht mehr einsehen können aber körperlich noch in der

Lage sind, sich einer Behandlung zu entziehen, während man denjenigen Kranken, die dafür bereits zu schwach sind, ihrem Schicksal überlassen (und damit häufig auch sterben lassen) müsse. Der Bundesgerichtshof (BGH) legte die Sache deshalb dem BVerfG zur Klärung vor.

Das BVerfG hat die Fragestellung sehr ernst genommen und zunächst diverse Verbände - darunter auch den BdB - angehört. Der BdB hat in seiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass er die vom BGH geäußerten Bedenken grundsätzlich teilt, dass im Übrigen aber auch Mechanismen geschaffen werden sollten, die eine Zwangsbehandlung möglichst bereits im Vorfeld vermeiden können – z.B. durch Überzeugungsarbeit fachlich versierter und im Umgang mit psychisch Kranken geschulter Berufsbetreuer/innen.

In seiner Entscheidung hat das BVerfG schließlich auch auf die Stellungnahme des BdB Bezug genommen und die damalige Regelung aus den vom BGH angeführten Gründen für verfassungswidrig erklärt. Dem Gesetzgeber wurde aufgegeben, unverzüglich eine Neuregelung zu schaffen.

Zu dem der Gesetzesänderung vorausgegangenem Referentenentwurf hat der BdB noch einmal Stellung genommen und u.a. darauf hingewiesen, dass eine Zwangsbehandlung nur in Ausnahmefällen außerhalb einer geschlossenen Unterbringung eine Ausnahme bleiben sollte, damit die Neuregelung nicht ein „Türöffner“ für eine Entwicklung werden kann, an deren Ende auch ambulante Zwangsbehandlungen zulässig sein würden.

Kern der im Juli 2017 in Kraft getretenen Neuregelung ist es nun, dass eine ärztliche Zwangsmaßnahme – im Wesentlichen unter Beibehaltung der schon zuvor in § 1906 Abs. 3, 3a BGB enthaltenen Vorgaben - nun gem. § 1906a Abs. 1 Ziff. 7 BGB auch im Rahmen eines stationären Aufenthalts in einem Krankenhaus, in dem die gebotene medizinische Versorgung des Betreuten einschließlich einer erforderlichen Nachbehandlung sichergestellt ist, durchgeführt werden kann. Eine sogenannte ambulante Zwangsbehandlung – dazu gehört auch die verdeckte Abgabe von Medikamenten in einer Pflegeeinrichtung – bleibt aber nach wie vor unzulässig.

### **Beistandschaft unter Ehegatten in Angelegenheiten der Gesundheitsorge**

Nachdem der Bundesrat eine Gesetzesinitiative für die Schaffung umfassender Vertre-

tungsbefugnisse zwischen Ehegatten in Gesundheits- und Vermögensangelegenheiten ergriffen und auf den Weg gebracht hatte, hatte der Bundestag in Verknüpfung mit der Erhöhung der Betreuervergütung eine lediglich auf Gesundheitsorge beschränkte Ehegattenbeistandschaft beschlossen. Wesentlicher Inhalt ist eine gegenseitige automatische und temporäre Bevollmächtigung von zusammenlebenden Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner/innen, wenn Personen infolge einer Krankheit oder eines Unfalls nicht mehr in der Lage sind, in medizinische Maßnahmen einzuwilligen und damit zusammenhängende rechtliche Angelegenheiten zu regeln.

Im Rahmen der Anhörung vor dem Rechtsausschuss des Bundestages hatte der BdB zu diesem Teil des Gesetzes kritisch Stellung genommen, weil er in diesem Vorgehen ein unlösbares Dilemma im Spannungsfeld von Vereinfachung und Missbrauchsrisiko sieht. Diese Regelung würde (trotz der Beschränkung auf die Gesundheitsorge) immer noch einen riskanten Eingriff in die Autonomie der Bürger/innen darstellen und eine neue weitgehend unkontrollierbare und missbrauchsanfällige Form der gesetzlichen Vertretung schaffen.

Letztlich wurde diese Gesetzesinitiative zusammen mit der Erhöhung der Betreuervergütung vom Bundesrat von der Tagesordnung abgesetzt und seitdem nicht wieder aufgegriffen.

Alle Stellungnahmen finden sind unter [www.bdb-ev.de](http://www.bdb-ev.de) zu finden.

### **Weitere Projekte**

#### **Redaktionelle Überarbeitung der Berufsethik und Leitlinien**

Die BdB-Berufsethik und Leitlinien als Ganzes sind überarbeitungsbedürftig, von Grund auf neu zu überdenken und sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und vor allem der weiter fortschreitenden Professionalisierung des Berufs angepasst werden. Entsprechende Aufträge hatte die Delegiertenversammlung mehrfach, zuletzt am 28.4.2017, erteilt. Ethik und Leitlinien beziehen sich aufeinander und eine Weiterentwicklung der Leitlinien hin zu Standards ist angestoßen. Diese Weiterentwicklung wird noch Zeit brauchen. Ethik und Leitlinien sind aber wichtiger Orientierungspunkt sowohl innerverbandlich, als auch für die Akteure außerhalb des Verbandes. Daraus folgt die Notwendigkeit der Anpassung an sich verändernde Realitäten. In einem ersten

Schritt werden offensichtlich vorhandene Ungereimtheiten im Hinblick auf die 2008 eingeführte UN-BRK beseitigt. Nach intensiver Beratung in der BAG Berufsentwicklung, dem Vorstand und dem Länderrat liegt hierzu der Delegiertenversammlung ein umfangreicher Änderungsvorschlag vor.

### **Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)**

Es wurde eine Einschätzung der Relevanz der ergänzenden unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) für Menschen mit Behinderungen nach § 32 SGB IX n.F. für den BdB und IPB vorgenommen.

Bei der ergänzenden unabhängige Teilhabeberatung nach § 32 SGB IX n.F. handelt sich um ein niedrigschwelliges Angebot, das die Umsetzung der Grundsätze der UN-BRK unterstützen und die Position der Menschen mit Behinderungen gegenüber Leistungsträgern und Leistungserbringern stärken kann. Die EUTB wird bundesweit geplant als ein unentgeltliches, niedrigschwelliges und Orientierung gebendes Angebot zur Beratung über Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe und wird zunächst auf 5 Jahre angesetzt. Die EUTB wird als ergänzendes Angebot neben der Beratung durch die Rehabilitationsträger verstanden, welches allein dem Ratsuchenden verpflichtet ist und weitgehend ohne ökonomische Interessen und Kostenverantwortung der Leistungsträger und Leistungserbringer agieren kann.

Die Hoffnungen für ein mögliches neues Betätigungsfeld für selbständige Berufsbetreuer/innen erfüllten sich leider nicht, da allenfalls Betreuungsvereine entsprechende Förderungen erhielten.

### **Mitarbeit in externen Gremien**

Der BdB war Mitglied im Fachausschuss Freiheits- und Schutzrechte beim Inklusionsbeirat der Bundesbehindertenbeauftragten aktiv. 2017 beschloss der Inklusionsbeirat das noch vom früheren BdB-Referenten Alexander Laviziano im Rahmen der Unterarbeitsgruppe Betreuungsrecht maßgeblich miterstellte Dokument „Das deutsche Betreuungsrecht im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention - Positionspapier der staatlichen Koordinierungsstelle nach Art. 33 UN-BRK (Fachausschuss Freiheits- und Schutzrechte)“. Darin werden die deutlichen Probleme in der Rechtspraxis und die erheblichen Änderungsbedarfe der materiellen Rahmenbedingungen dokumentiert. Die Veröffentlichung erfolgte im April 2017.

Zudem ist der BdB Teilnehmer der Verbände-konsultation der deutschen Monitoring Stelle zur Umsetzung der UN-BRK. Die Monitoring Stelle gemäß Artikel 33 Absatz 2 der UN-Konvention ist beim Deutschen Institut für Menschenrechte angesiedelt und überwacht die Umsetzung des Völkerrechtsvertrags. Sie pflegt den Dialog mit der Zivilgesellschaft und berät Politiker/innen in Bund und Ländern sowie Mitarbeitende in Ministerien und Behörden oder Gerichten bei Fragen zur UN-Behindertenrechtskonvention.

Weiterhin arbeitete der BdB im Kasseler Forum mit, einem Gesprächskreis, in dem sich die Verbände und andere Akteure des Betreuungswesens in unregelmäßigen Abständen treffen, um Fragen des Betreuungswesens zu erörtern und darüber ggf. einen Konsens zu finden. Der BdB war hier vertreten durch Hennes Göers und Rainer Sobota, vertretungsweise auch durch den Geschäftsführer Harald Freter. Auch 2017 war gemeinsame Arbeit im Kasseler Forum vor allem geprägt durch die Beschäftigung mit der Vergütungsfrage und der Studie des BMJV zur Qualität in der rechtlichen Betreuung. Weitere Themen waren die Überlegungen der beteiligten Verbände zu einem künftigen Vergütungssystem und die Transparenz des Handelns von Betreuungsbehörden und -gerichten.

Im Rahmen der regelmäßig tagenden Konsensuskonferenz zur S3-Leitlinie „Schizophrenie“ hat der BdB sich bemüht, die Wichtigkeit der rechtlichen Betreuung zu platzieren und in diesem Rahmen wurde im November 2017 die Erklärung „Betreuung im Kontext ärztlicher Behandlung“ abgegeben. In das Gremium wurde aus dem Vorstand Iris Peymann entsandt. Aktuell befindet sich das Dokument im Überarbeitungsprozess.

**BdB-Jahrbuch**

Zur Tagung 2018 wird der BdB erstmals ein Jahrbuch herausgeben, das in Zusammenarbeit mit dem BALANCE buch + medien verlag in Folge jährlich erscheinen soll. Das Jahrbuch löst die vom BdB ebenfalls mit dem BALANCE Verlag herausgegebene Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement kompakt ab. Diese wurde mit der Ausgabe 1/2017 eingestellt.

Zur Konzeption und Erarbeitung des Jahrbuchs wurde vom Vorstand eine Projektgruppe eingerichtet, bestehend aus Dr. Harald Freter, Iris Peymann, Judith Grabe-Scholl, Anne Heitmann (ah kommunikation) und York Bieger (BALANCE buch+medien verlag).

Die Arbeitsgruppe hat in Abstimmung mit dem Vorstand u.a. die grundlegende Zielstellung des Jahrbuches festgelegt:

Das Jahrbuch soll den fachlichen Diskurs und die Fachlichkeit abbilden, gesellschaftliche und juristische Rahmenbedingungen für Betreuung beschreiben und dadurch zur Weiterentwicklung von Betreuung beitragen.

Ausgewählte Autorinnen und Autoren werden im Jahrbuch aktuelle und grundsätzliche Themen aus den Bereichen Wissenschaft und Fachlichkeit, Fachpolitik, Rechtliche Entwicklungen in der Betreuungsarbeit sowie Betreuungspraxis aufgreifen, die großenteils auf Beiträgen der vorausgegangenen BdB-Jahrestagung basieren. Deren Titel wird auch das Jahrbuch entsprechend tragen, in 2018 „Ohne Wenn und Aber: Professionelle Betreuung anerkennen!“.

Mit dem Jahrbuch wird sich der BdB in erster Linie an die Fachöffentlichkeit, Politik, Ministerien, Behörden, Gerichte und vor allem an Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer richten.

Der Verband wird das Jahrbuch in erster Linie dafür nutzen, um sein fachliches und politisches Netzwerk weiter auszubauen.

Deshalb erscheint das Jahrbuch gezielt in kleinerer Auflage von zunächst 700 Exemplaren und soll an festgelegte Zielgruppen entsprechend kostenlos weitergegeben werden. Hierzu zählen u.a. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung sowie Funktionsträger/innen des BdB, QR-Registrierte, entsprechende Fachbibliotheken, (Fach-)Hochschulen und Universitäten für Soziale Arbeit, Behörden,

Gerichte, Politik und Ministerien (v.a. BMJV), die Mitglieder des BdB-Beirats für Qualitätsentwicklung, Verbände in den Hilfesystemen und mit benachbarter Themenstellung und das ipb und andere Weiterbildungsinstitute.

Darüber hinaus kann das Jahrbuch auch über den BALANCE buch+ medien verlag sowie über den Handel bezogen werden. BdB-Mitglieder können es zu einer vergünstigten Schutzgebühr über den BdB bestellen.

Für die Redaktion dieses und der künftigen Jahrbücher wurde die Projektgruppe um den Grundsatzreferenten des BdB, zunächst Alexander Laviziano, dann Dirk Brakenhoff, ergänzt.

**Dienstleistungen & Service**

**Verwaltung**

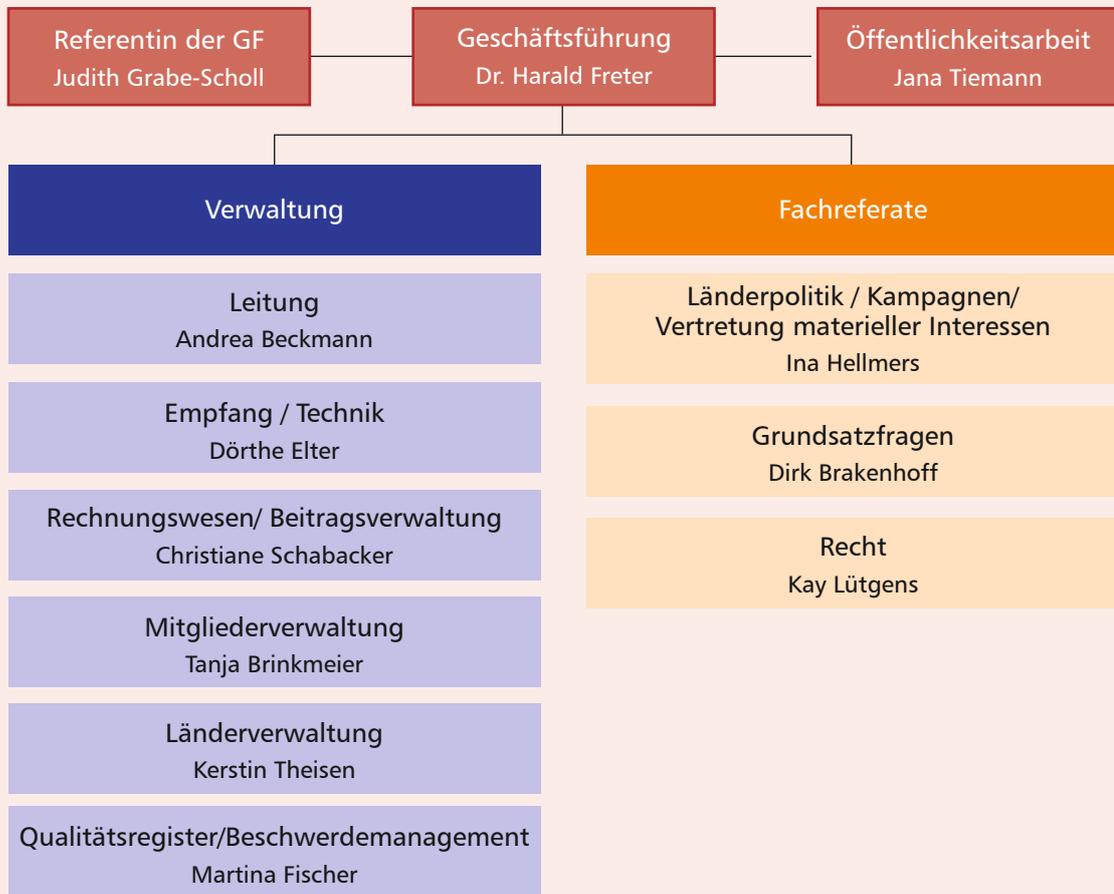
Die Verwaltung ist das Dienstleistungszentrum für unsere Mitglieder und Partner. Zur Verwaltung gehörten im Jahre 2017 die Bereiche Empfang, Telefondienst, Mitglieder- und Beitragsverwaltung, Rechnungswesen, Buchhaltung, Controlling, Datenschutz, Technik, Post, Qualitätsregister, Beschwerdemanagement, Veranstaltungsorganisation und die Verwaltung der Landesgruppen.

In 2017 wurde die Position für die Verwaltung des Qualitätsregisters und das Beschwerdemanagement neu besetzt.

Im Sekretariat gehen viele telefonische und schriftliche Anfragen der BdB-Mitglieder und Partner ein. Hier werden Auskünfte erteilt,

	Wochenstd.
<b>Dr. Harald Freter</b> , Geschäftsführer . . . . .	35
<b>Judith Grabe-Scholl</b> , Referentin der Geschäftsführung . . . . .	25
<b>Jana Tiemann</b> , Öffentlichkeitsarbeit (ab 1.2.17) . . . . .	22
<b>Verwaltung</b>	
<b>Andrea Beckmann</b> , Verwaltungsleitung . . . . .	25
<b>Tanja Brinkmeier</b> , Empfang/Mitgliederverwaltung . . . . .	20
<b>Ani Bal</b> , Qualitätsregister, Beschwerdemanagement, Veranstaltungsorganisation (bis 30.11.17) . . . . .	20
<b>Martina Fischer</b> , Qualitätsregister, Beschwerdemanagement (ab 15.11.17) . . . . .	26
<b>Christiane Schabacker</b> , Rechnungswesen, Beitragsverwaltung . . . . .	25
<b>Kerstin Theisen</b> , Länderverwaltung (bis 31.12.17) . . . . .	20
<b>Dörthe Elter</b> , Empfang, Technik . . . . .	30
<b>Fachreferate</b>	
<b>Ina Hellmers</b> , Länderpolitik, Kampagnen, Vertretung materieller Interessen . . . . .	25
<b>Alexander Laviziano</b> , Grundsatzfragen (bis 30.4.17) . . . . .	30
<b>Dirk Brakenhoff</b> , Grundsatzfragen (ab 1.8.17) . . . . .	27,5
<b>Kay Lütgens</b> , Recht . . . . .	25

## Organigramm Geschäftsstelle (2017)



neue Mitglieder sowie Kündigungen aufgenommen und bestehende Mitgliederdaten gepflegt. Die Mitarbeiterinnen sind auch für den Empfang der Gäste und für die IT sowie Technik zuständig, bearbeiten außerdem die Post und die Bestellungen der kostenpflichtigen Publikationen.

Die Verwaltung organisiert Veranstaltungen der Landesgruppen und für Funktionäre, versendet aktuelle Mitgliederübersichten an die Landesgruppenvorstände sowie regelmäßig Budgetübersichten der Landesgruppenkonten.

Des Weiteren ist die Verwaltung für das Beitragsmanagement, das Rechnungswesen und die vor- und nachbereitende Finanzbuchhaltung verantwortlich.

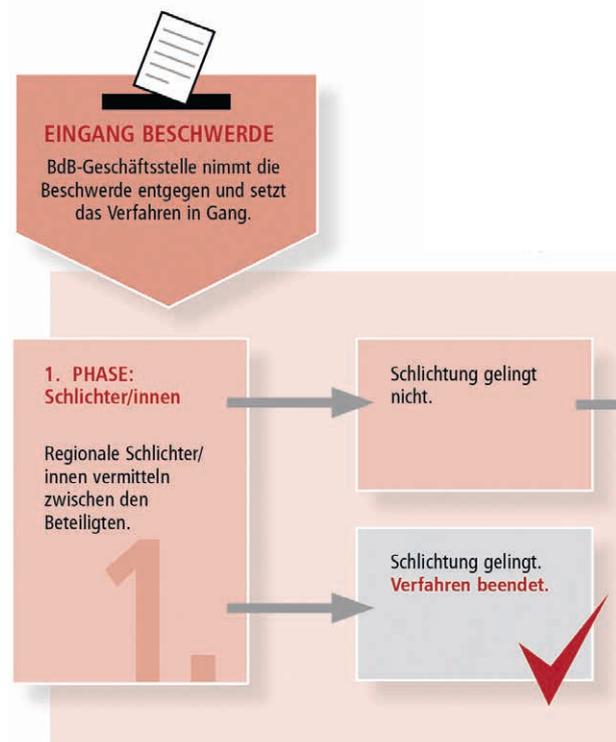
Im Jahr 2017 hat die Verwaltung etliche Punkte zur Optimierung unserer Dienstleistungen für unsere Mitglieder und Partner sowie zur Professionalisierung unserer Organisation umgesetzt.

Dazu gehören unter anderem

- Seit 2017 Versand quartalsmäßiger Übersichten neuer Mitglieder an die Landesgruppen-Vorstände zur Etablierung einer Willkommenskultur in den Landesgruppen.
- Versand von personalisierten E-Mails seit Sommer 2017
- Beispiele: Einladungen für Mitgliederversammlungen und Anmeldebestätigungen für Fortbildungen
- Versand von personalisierten E-Mails mit personalisierten PDF-Anhängen seit Anfang 2018  
Beispiel: Beitragsbestätigung BdB und QR, Teilnahmebestätigung für Fortbildungen

Diese technischen Neuerungen im Bereich der E-Mail-Kommunikation haben sich bereits im Jahr der Anschaffungen amortisiert und sparen dem BdB jährlich Kosten im vierstelligen Bereich ein.

## Ablauf bei Beschwerden



**Qualitätsregister**

Das BdB-Qualitätsregister ist stolz, den seit 2014 bestehenden Aufwärtstrend an Neuregistrierungen auch im Jahr 2017 halten zu können und mit seinen Vorteilen zu überzeugen. Das Qualitätsregister verzeichnet zum Jahresende 99 neue Berufsbetreuer/innen, während es im Jahr 2016 nur 44 neue Anmeldungen waren. Ein herausragendes Ergebnis, das sich sehen lassen kann! Insgesamt führt das Qualitätsregister 690 Berufsbetreuer/innen, während 53 Registrierte ihre Tätigkeit überwiegend altersbedingt aufgaben. Eine besonders große Herausforderung des Qualitätsregisters war im Jahr 2017 die erstmalige Aktualisierung der Selbstbewertungen nach drei Jahren Gültigkeit. Dies betraf 474 Registrierte, von denen 452 einen neuen Nachweis der Selbstbewertung abgaben. Nur 12 fehlende Rückmeldungen führten zum Ausschluss durch den Bundesvorstand und 10 Berufsbetreuer/innen sind aus dem Qualitätsregister ausgetreten. Das ipb führte vier Test-Audits durch.

**Beschwerdestelle**

Im Jahr 2017 verzeichnet das Beschwerdemangement 17 Beschwerdefälle, eine Abnahme von 5 Fällen gegenüber dem Vorjahr. Acht Beschwerden konnten erfolgreich geschlichtet werden, bei einem Beschwerdefall aus dem Jahr 2016 wartet die Beschwerdestelle noch auf eine gerichtliche Entscheidung. Bei den übrigen acht Beschwerden sah die Beschwerdestelle noch weiteren Klärungsbedarf heraus. Die Mitglieder der Beschwerdestelle aus den Bereichen Berufsbetreuung, Recht, Selbsthilfe-Organisationen und BdB-Vorstand sind: Heike Domian, Nicole Frank, Heike Schultz und Matthias Steinbach (Berufsbetreuer/innen), sowie Jurand Daszkowski (Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener, BPE), John Gelübcke (Betreuungsrichter a.D.), Jochen Halbreiter (BdB-Bundesvorstand) und für die Verwaltung Ani Bal

bzw. seit November 2017 Martina Fischer. Der BdB verfügt im gesamten Bundesgebiet über 26 Schlichter/innen, mit dessen Einsatz als vorgelagerte Instanz für die zentrale Beschwerdestelle in Hamburg die Qualität von Betreuung verbessert und so Beschwerden zügiger bearbeitet werden können. Für die Länder Brandenburg, Bremen und Hamburg werden noch geeignete Schlichter gesucht.

**Fachberatung für Mitglieder**

Der BdB kann inzwischen auf fünf Jahre Fachberatung zurückblicken. Dieses Angebot ist in der Betreuungslandschaft einmalig. Das Team der Fachberater/innen steht unseren Mitgliedern zweimal fünf Stunden pro Woche für eine telefonische Fachberatung zur Verfügung.

Mehr als 3.000 Mitglieder haben seit 2013 diesen Service in Anspruch genommen. Die Anrufer kommen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter auch viele Berufsanfänger/innen.

Durchschnittlich sieben Anrufe gehen pro Tag ein. Beratungsthemen sind u.a.: allgemeine Betreueraufgaben, das Verhältnis zu Klient/innen, Angehörigen, (BT-)Behörden, Gerichten etc., Fragen zur Vergütung, Umsatzsteuer, Versicherung und Haftung. Auch zur Methodenanwendung in Rechtsfragen gibt es Beratungsbedarf.

Die Fachberater/innen erfassen jedes Gespräch in Form einer anonymen Gesprächsdokumentation. Diese werden statistisch und fachlich ausgewertet. Zweimal pro Jahr findet das Fachberater/innen-Treffen für die Einsatzplanung, Fallbesprechung und Weiterbildung statt.

Die Auswertung der Gesprächsdokumentation deckt sich mit den Erkenntnissen der BMJV-Studie zu Qualität dahingehend, dass viele Berufsbetreuer/innen alleine arbeiten

und Unterstützung durch lokale Vernetzung und kollegiale Beratung bräuchten.

Seit 2 Jahren bieten wir unseren Mitgliedern auch eine betriebswirtschaftliche Beratung. Die erfahrenen Berater/innen beantworten Fragen, die die Rahmenbedingungen (z.B. Rechtsform), die Finanzplanung (z.B. Einnahmen und Ausgaben) oder die Betriebs- und Büroorganisation (z.B. Buchführung, Dokumentation) oder steuerliche Fragen betreffen. Ein besonderer Service: Um komplexere unternehmerische Fragen in Ruhe besprechen zu können, bieten die Berater/innen an, sich mit ihnen zu einem strukturierten telefonischen Beratungsgespräch (ca. 1 Stunde) zu verabreden.

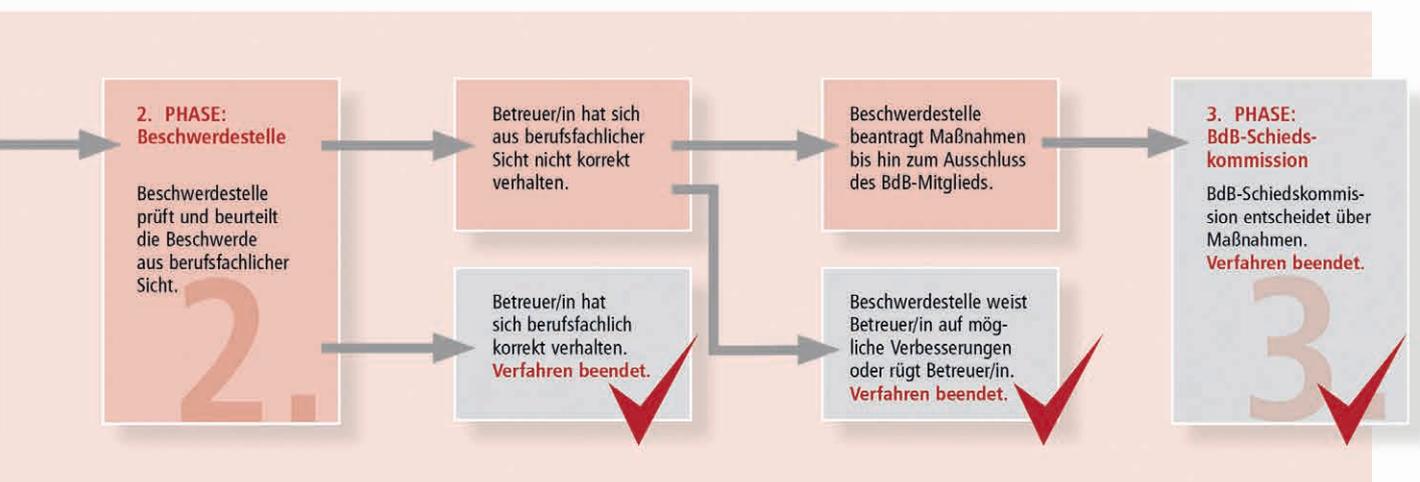
**Rechtsberatung**

Auch in diesem Jahr wurden wieder zahlreiche Anfragen von Mitgliedern aus allen Rechtsgebieten, die mit der Betreuungsarbeit zu tun haben, beantwortet.

Ein weiterer Schwerpunkt war neben der Mitarbeit an einigen Stellungnahmen zu betreuungsrechtlichen Fragestellungen die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der ISG-Studie zu Qualität und Vergütungssituation in der Betreuungsarbeit. Hierzu wurden in Zusammenarbeit mit dem Vorstand sowie anderen Arbeitsbereichen innerhalb der Geschäftsstelle etliche Materialien und Stellungnahmen erarbeitet.

**Mailingliste**

Die Mailingliste des BdB ist ein internes Forum zur gegenseitigen kollegialen Beratung. Auf Antrag kann jedes Mitglied an diesem internen Diskussionsforum teilnehmen. Daneben wird auf der Homepage des BdB das Diskussionsforum zum kollegialen Austausch angeboten. In 2017 wurde die Mailingliste auch von den Referaten Kampagne und Öffentlichkeitsarbeit zur Mitgliedermobilisierung genutzt und



um BdB-Mitglieder zeitnah und informell zu informieren.

## Kooperationspartner

Der BdB hat 2017 die Zusammenarbeit mit seinen Kooperationspartnern weiter ausgebaut und intensiviert. Davon profitieren BdB-Mitglieder durch zahlreiche attraktive Angebote und Sonderkonditionen. Zu den Kooperationspartnern zählen LOGO Datensysteme GmbH, die GL Versicherungsmakler GmbH, das Software- und Beratungsunternehmen prosozial GmbH, die Beihilfeberatung MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH und Liebmann und Bergmann Nachlassermittlungen GbR sowie der Bundesanzeiger Verlag. In Kooperation mit dem BALANCE buch + medien verlag hat der BdB die Zeitschrift kompass herausgegeben, die mit der Ausgabe 1/2017 eingestellt wurde. Ihr folgt ab 2018 das Jahrbuch des BdB. Die Werbeagentur mediamor bietet für Mitglieder günstige Homepages sowie Gestaltung und Herstellung von Geschäftsdrucksachen an.

## Wissen weitergeben/Wissen & Netzwerk

### BdB-Jahrestagung 2017

Die BdB-Jahrestagung mit gesamt rund 300 Teilnehmer/innen, 13 Arbeitsgruppen und 4 Diskussionsforen zu vielfältigen betreuungsrelevanten und berufspraktischen Themen fand 2017 in Radebeul statt. Sie trug das Motto „Ohne Wenn und Aber: Professionelle Betreuung anerkennen!“.

Nach der Eröffnung der Tagung am 27. April durch den Vorsitzenden Thorsten Becker und das Grußwort des Oberbürgermeisters von Radebeul Bert Wendsche richtete der zweite Vizepräsident des sächsischen Landtags, Horst Wehner (DIE LINKE) persönlich ein Grußwort an die Tagungsteilnehmer/innen. Darin betonte er: „Politik und Gesellschaft sind gefordert, für Ihre Arbeit die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Und das nicht nur mit Sonntagsreden, sondern mit wirkungsvollen Taten und der Leistung konkreter Beiträge dafür, dass Sie auch weiterhin mit Ihrer Arbeit Erfolge erzielen können, die letztendlich unserem Gemeinwesen und seinem solidarischen Zusammenhalt insgesamt zu Gute kommen.“ Wehner lobte ausdrücklich die gute Zusammenarbeit mit der BdB-Landesgruppe Sachsen.

Auch Anette Franke, Staatssekretärin im sächsischen Justizministerium sah es als ein gesamtgesellschaftliches Ziel, dass Menschen, die ihre Angelegenheiten nicht selber regeln können, Teil der Gesellschaft bleiben und aktiv teilhaben können. Hinsichtlich der Vergütungserhöhung

allerdings brachte Franke kein positives Signal aus ihrem Ministerium. Ein Problem für die Qualität der Betreuung sah sie nicht.

Annette Schnellenbach, Ministerialrätin des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz überbrachte das Grußwort des Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas (SPD). Hierin betonte der Minister den Willen der Bundesregierung, die Gesetzesänderung für eine Vergütungserhöhung um 15 Prozent noch in der laufenden 18. Legislaturperiode umzusetzen. Auch, um „in Ruhe“ in der kommenden Legislaturperiode das Betreuungssystem zu reformieren. Im Anschluss fasste Annette Schnellenbach die aktuelle Situation aus Sicht des Bundes zusammen. Die Länder zeigen einheitlich Ablehnung. Als bemerkenswert betonte Schnellenbach die Einigkeit von Regierung und Opposition im Bund für eine sofortige Vergütungserhöhung. Zu rechnen sei mit einem Vermittlungsverfahren, ob noch in dieser Legislaturperiode konnte Schnellenbach nicht einschätzen.

Insgesamt stand die Tagung ganz im Zeichen der aktuellen politischen Entwicklung um die an die Ehegattenbeistandsschaft gekoppelte Gesetzesinitiative der Regierungsfractionen zur Vergütungserhöhung von Betreuer/innen. Während der Jahrestagung in Radebeul erreichte den BdB die Information, wie der aktuelle Fahrplan zur Gesetzesänderung für 15 Prozent mehr Vergütung der Berufsbetreuer aussehen könnte. Dem damaligen Vernehmen nach gab es seinerzeit den Versuch des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) mit den Ländern eine gemeinsame Linie zu finden. Dieser Versuch sollte gescheitert sein. „Die ablehnende Haltung der Länder hat den Gesetzgebungsprozess verschoben - nicht mehr und nicht weniger“, so der BdB-Vorsitzende Thorsten Becker in seiner Rede am ersten Tag der Jahrestagung.

Am nächsten Morgen dann die Nachricht: Die Gesetzesänderung hat es wieder einen Schritt weiter geschafft: Sie steht auf der Tagesordnung des Bundestages am 18. Mai. Der letztmögliche Termin für die Abstimmung im Bundesrat sei der 7. Juli.

Diese Berg- und Talfahrt skizzierte der BdB-Vorsitzende Thorsten Becker auch in seiner Rede zur Eröffnung der Jahrestagung 2017, mit der der Vorsitzende die Teilnehmer/innen der Tagung geschlossen hinter sich brachte. Dafür spannte er einen weiten Bogen über die Themen, welche den Verband derzeit beschäftigen: von der Entwicklung der Fachlich-

keit, den Rahmenbedingungen von Betreuung, das politische Feld bis zur Entwicklung der Profession.

Thorsten Becker brachte die Emotionen vieler BdB-Mitglieder in der vergangenen Zeit auf den Punkt: „Wir befinden uns zwischen permanentem Hoffen und Enttäuschung.“ Die Hoffnung auf Vergütungserhöhung sei in greifbarer Nähe. Der BdB gewinne wachsende Präsenz und Anerkennung in der Politik.

Hingegen wachsen Enttäuschung, vielleicht auch Verärgerung und Wut, da die Zeitausschalen schon lange nicht mehr reichten. Sie gestalteten den Berufsalltag jeden Tag aufs Neue schwer. Becker betonte auch, wie bitter er die heftige Gegenwehr aus einigen Ländern gegen mehr Geld empfinde. „Aber wir haben bei Weitem nicht aufgegeben“, so Becker.

Was die Lobbyarbeit mit Hochdruck und die unglaublichen Anstrengungen des Verbandes im vergangenen Jahr bedeuteten, erklärte der Vorsitzende: „Wir haben Strukturen verändert, in der Geschäftsstelle Ressourcen frei gestellt um tagesaktuell zu bewerten und zu analysieren. Wir haben Strategien und Konzepte entwickelt. Das war nicht schmerzfrei, andere Tätigkeitsfelder wurden weniger bearbeitet, beispielsweise konnten wir uns nicht so an der Diskussion um die Eingliederungshilfe beteiligen, wie wir es gewollt hätten.“

Die politische Strategie fordere Bereitschaft zu Diplomatie. Dies sei keine Schwäche, sondern Realpolitik. Moderate Töne und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen seien notwendig, um weiterzukommen, nicht alles könne weitergegeben werden. Der BdB erreiche inzwischen ganz anderen Ebenen, auch Staatssekretäre des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV). Und der Verband hat einen Zwischenerfolg erreicht: den Gesetzesentwurf für eine höhere Vergütung. Der Vorsitzende appellierte dafür, einen klaren Kopf zu bewahren. Für die Länderhaushalte seien 15 Prozent mehr Geld für Betreuer relativ gering.

„Die Landesministerien sagen, es ginge ums Geld. Das halten wir für vorgeschoben! Wir glauben, es geht um die Anerkennung unseres Berufs“, sagte Becker. Es gebe Bestrebungen der Politik, Berufliche und Vereinsbetreuung gegeneinander auszuspielen. Der BdB sagt: „Nicht mit uns!“ Das gleiche gelte für Diskreditierungen seitens der Landespolitik, die beispielsweise behauptet, Berufsbetreuer hätten „fette Gewinne“ in den vergangenen Jahre gemacht.

Becker: „Im Endeffekt geht es um eine Geringschätzung unserer Arbeit, die ich beschämend finde. Und eine Missachtung unserer Vergütung ist auch eine Missachtung unserer Klientinnen und Klienten. Sorgt endlich für angemessene Rahmendbedingungen! Denn es hat Folgen, wenn Vergütung nicht erhöht wird.“ Vereine und Büros geben auf. Schon jetzt gibt es in vielen Regionen keinen qualifizierten Nachwuchs. Qualitätseinbußen in der Betreuungspraxis sind mancherorts schon zu spüren, dann könnten Krisen eskalieren und die Versorgung nicht mehr bedarfsgerecht organisiert werden. Für einen aktivierenden Unterstützungsprozess bliebe zu wenig Zeit, dann würde vermehrt ersetzend gehandelt. Jetzt sei die Politik am Zug. Die Frage sei: „Wieviel ist die Würde unserer Klienten wert!?“

„Politiker wollen über Qualität reden. Das tun wir bereits seit 20 Jahren und fordern es von der Politik ein“, erklärte Becker. Denn hohe Verantwortung und fehlende Verbindlichkeit halte er für eine gefährliche Kombination. Bis heute gebe es keinen berufsfachlichen Sorgfaltsmaßstab.

Dass ein sehr hoher Anspruch an die Arbeit von Betreuerinnen und Betreuern in ihrer täglichen Arbeit gelegt wird und welche sensible Themen die Betreuungsarbeit berührt, legte zuvor Dr. Michael Wunder von der Evangelischen Stiftung Alsterdorf (Hamburg) und Mitglied im Deutschen Ethikrat in seinem Hauptvortrag im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung der Jahrestagung dar. Unter der Überschrift „Professionalität im Spannungsverhältnis von Schutz- und Freiheitsrechten“ führte er aus, dass Selbstbestimmung und Sorge die Kernbegriffe der Betreuungsarbeit seien. Dabei betonte er, dass Sorge nicht gleich Fürsorge, sondern eher im Sinne des englischen „care“ zu verstehen, und dass Selbstbestimmung ein kaum zu erreichendes Ziel sei. Wunder: „Wir sprechen mittlerweile auch von Teil-Selbstbestimmung.“ Das sensible Thema Zwang beschrieb er als komplexes Problem, das sich für Berufsbetreuer/innen gemeinhin als Dilemma darstelle. Der UN-BRK folgend stellte Wunder grundsätzlich klar: „Behinderung darf nie als Begründung für Zwang herangezogen werden.“ Und: Da Zwang immer Schädigung sei, müsse die Grundhaltung lauten, Zwangsmaßnahmen generell zu verhindern oder zu reduzieren. Für den Fall, dass Zwang aus fachlicher Sicht angewendet werden müsse, plädierte Wunder für einen „Krisenpass“: „Vereinbaren Sie mit Ihren Klienten im Voraus, unter welchen Umständen sie gegebenenfalls bereit sind, zwangsweise

behandelt zu werden, und halten Sie dies in einer schriftlichen Vereinbarung fest.“

Im Anschluss an die Eröffnungsvorträge gab es die Möglichkeit, in Diskussionsgruppen Argumente in Form von Appellen an Politiker/innen zu sammeln, die für eine sofortige Erhöhung der Vergütung sprechen. Die Ergebnisse wurden schriftlich festgehalten und sind unmittelbar in die weitere politische (Kampagnen-) Arbeit des Verbandes eingeflossen.

Auch in der abschließenden Podiumsdiskussion mit Politiker/innen und Fachexpert/innen wurden die Folgen einer ausbleibenden Vergütungserhöhung für die Qualität in der Betreuung diskutiert. Gemeinsam wagten die Teilnehmer/innen der Podiumsdiskussion einen Ausblick auf den Herbst 2017: Für dann nämlich war die Diskussion der BMJV-Studien angekündigt, in der es vor allem um die Qualität in der Betreuung ging. Die Bundestagsabgeordnete Katrin Werner (Landesvorsitzende Die Linke in Rheinland-Pfalz) betonte: „Wir müssen in die Umsetzung der UN-BRK kommen. Dafür reicht diese Vergütung nicht. Wenn das Kostenspar-Denken weitergeht, leidet die inhaltliche Arbeit der Berufsbetreuerinnen und -betreuer.“ Thorsten Becker führt abschließend alle drei Stränge der Tagung – Politik, Vergütung, Qualität – zusammen: „Die für den Herbst angekündigte Qualitätsdiskussion ist dringend nötig. Unsere zentralen Themen sind Ausbildung, Zulassung zum Beruf und die verbindliche Anwendung von Qualitätsmaßstäben. Auch der Vorwurf, die berufliche Betreuung gefährde das Ehrenamt, gehört diskutiert: Ich bin davon überzeugt, dass ein professioneller Kern das Ehrenamt stärkt. Wenn die Erhöhung der Vergütung jetzt nicht kommt, dann wird die Vergütungsfrage weiterhin die Diskussion bestimmen. Diese Vorstellung ist schwer auszuhalten. Damit wir also mit voller Intensität die Qualität diskutieren können, brauchen wir die Vergütungserhöhung jetzt.“

### Kampagne & Kommunikation

Die Referate Kampagne und Öffentlichkeitsarbeit haben die Beteiligten im Jahr 2017 stärker miteinander vernetzt. Diese Arbeitsweise hat nicht zuletzt schnellere und flexiblere Reaktionen ermöglicht und zudem ein noch aktiveres Vorgehen.

Gemeinsam haben beide Referate sich bemüht, stärker Bedürfnisse und Initiativen der Mitglieder aufzunehmen und aus fachlicher Sicht zu bewerten: was ist unter den gegebenen Umständen sinnvoll, welche Maßnahmen

werden Aufmerksamkeit und die gewünschte Reaktion bringen? In der „heißen Phase“ nach Zustimmung des Bundestages zur Vergütungserhöhung und vor der Bundesratsentscheidung hat das Team daher auch sofort die Kampagne für Mitglieder geöffnet und niedrigschwellige Angebote zur Beteiligung geschaffen.

Auf der neuen Seite ‚Mitmachen‘ der BdB-Homepage steht nicht nur das aktuelle Informationsmaterial, sondern auch in kürzester Zeit entwickelte und bis heute gültige Banner-motive als druckfähige Dateien. Die Banner-Texte sind entwickelt aus Mitglieder-Stimmen, die bereits in der Diskussion auf der Jahrestagung im Frühjahr 2017 eingeholt und auf der Homepage als Spruchband veröffentlicht wurden. Viele Mitglieder folgten den Anregungen und druckten die Motive auf T-Shirts, Turnbeutel, Anstecker, für das Sommerfest auf eine Plane zum Aufhängen oder nutzten sie als E-Mail Signatur. Auch Aktionsideen, die schnell und unkompliziert umzusetzen sind rund um den Bundestagswahlkampf wurden online gestellt.

Für die politische Arbeit ist außerdem ein neuer Kampagnen-Flyer (Bild) entwickelt worden. Die Pressearbeit wurde intensiviert. Daten und Fallbeschreibung von Hans-Jürgen Schlieff wurden in einen journalistischen Artikel gegossen, in der bdbaspekte gedruckt und als Pressepaket „Einsparung für den Träger der Sozialhilfe durch Betreuungsarbeit“ angeboten. Die von der Landesgruppe Rheinland-Pfalz initiierte Demonstration in Deidesheim wurde seitens der Geschäftsstelle mit Fotograf, Pressekontakte, Vorbereitungen unterstützt. Die Demonstranten erhielten die frischen Banner-motive als Erste. (Foto)

Außerdem organisierte der BdB einen bundesweiten Aktionstag (Foto) und rief zum Besuch der Wahlkampfstände am 9.9.2017 auf. Die Mitglieder erhielten dazu einen

# Ich sichere Menschenrechte!

Ich bin Berufsbetreuer/in





Landesgruppe Schleswig-Holstein am Aktionstag

Demonstration in Deidesheim vor Justizministerkonferenz.



Betreuungssystem retten!

Höchste Zeit für politische Entscheidungen!

Dringende Reform einleiten: Vergütung und Zeitkontingente sofort erhöhen!

## Rechtliche Betreuung sichert Menschenrecht!

Wir wollen gute Arbeit leisten – im Sinne unserer Klienten  
Schaffen Sie angemessene Rahmenbedingungen



Brief. Journalisten wurden per Pressemitteilung und in einzelnen Regionen persönlich informiert. Unsere bereitgestellten Aktionsmaterialien wurden dafür rege genutzt: Ob in Form von T-Shirts, die an dem Tag in der Fußgängerzone getragen wurden, um dann die Kandidaten unterschiedlicher Parteien ins Gespräch zu verwickeln und unsere Forderungen auf den Weg zu geben, oder als großes unübersehbares Banner an der Hausfront. Anderen reichte schon ein Button, um auf sich aufmerksam zu machen.

Vor den Landtagswahlen wurden den jeweiligen Landesgruppen Wahlprüfsteine zur Verfügung gestellt, die diese an die entsprechenden Parteien versendet haben. Die Ergebnisse dienten als Grundlage der politischen Arbeit des BdB. Die Antworten der Parteien wurden in Form einer Synopse zusammengestellt und zur weiteren Verwendung an Mitglieder der Ländergruppen versandt. Vor der Bundestagswahl wurde zudem in einer großen Versandaktion Briefe mit der BdB-Resolution an die Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden der Länder verschickt. Nach dem Absetzen der Vergütungserhöhung durch den Bundesrat gab es von der Lenkungsgruppe (bestehend aus Thorsten Becker, Heike Looser, Harald Freter, Ina Hellmers und unserem externen Berater Herrn Schmitt) strategische Überlegungen zum

weiteren Vorgehen. Während der ganzen Zeit erhielten Landessprecher/innen und Kampagnenverantwortlichen regelmäßig E-Mails mit aktuellen Infos zur politischen Situation und Einschätzung der Lage. Auch die BdB-Yahoo-Gruppe erhielt Informationen zur politischen Strategie des Verbandes. Eine Vielzahl von Mitgliederanfragen zur politischen Ausrichtung des Verbandes beantwortete das Team Kampagne & Kommunikation.

Spontan und schnellstmöglich organisierten die Referate „Kampagne“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ den erfolgreichen Widerstand gegen einen Bericht des ZDF-Formats Frontal 21 mit dem Titel „Entrechtet und entmündigt“. Der Bericht sorgte für große Unruhe unter den Mitgliedern. Viele schrieben die Redaktion an. Bettina Melzer von nic communications suchte für den BdB den Kontakt zur Autorin des Stücks und übergab ihr die gesammelten Statements der Berufsbetreuer/innen. Ein erstes persönliches Treffen in Berlin wurde verabredet, an dem Harald Freter und Thomas Behrendt teilnahmen. Ein Folgetreffen fand im Januar 2018 statt. Die Redaktion zeigte sich offen für die Perspektive der Berufsbetreuer/innen.

Neben diesen Maßnahmen und Aktionen wurden gemeinsam Konzepte vorangetrieben, beispielsweise für die Homepage oder für Gründung eines bundesweiten BdB-Teams „Öffentlichkeitsarbeit“ in 2018 sowie strategische Arbeiten vorbereitet.

### Öffentlichkeitsarbeit: An der Zukunft arbeiten

Das Jahr 2017 der Öffentlichkeitsarbeit prägte das Ziel der Verbandsleitung, mitgliederorientierter zu arbeiten und mit den vorhandenen Kanälen mit allen in Dialog zu treten, mit denen der Verband sich austauschen möchte: Dafür wurde die Reorganisation der Kommunikation des Verbandes auf allen Ebenen der Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet. Parallel wurde mit der Entwicklung eines strategischen Workshops begonnen von Geschäftsstelle und Vorstand, welcher im Januar 2018 stattfand. Zahlreiche Konzepte wurden erarbeitet, um die Kommunikation des BdB dialogorientiert weiterzuentwickeln. Auch das Konzept „Mitgliederorientierung“ wurde in der Öffentlichkeitsarbeit maßgeblich mit aufgebaut. Es wurde sofort begonnen, die tägliche Kommunikation schrittweise umzustellen.

### Wer unterstützt?

Die Öffentlichkeitsarbeit des BdB unterstützten 2017 zwei PR-Agenturen und ein IT-Dienstleister unter der Koordination der Referentin Öffentlichkeitsarbeit. Die Hamburger Agentur ah Kommunikation war für die redaktionelle Erstellung der Verbandszeitschrift bdbaspekte (exklusive des Teils forum & fakten) sowie der Ausarbeitung und Layout von Factsheets zuständig.

mediamor aus Cuxhaven layoutet und setzt unter der redaktionellen Leitung der Referentin

für Öffentlichkeitsarbeit den Teil forum & fakten der Verbandszeitschrift bdbaspekte. Außerdem war mediamor zuständig für deren Druck und Vertrieb, stellte für den Verband Flyer und Infomaterial her und war IT-Dienstleister, zum Beispiel für die zwei Internetportale des BdB (bdb-ev.de/bdb-qr.de). Die Berliner Agentur nic communication & consulting wirkte an der Unterstützung der Presse- und Medienarbeit des Verbandes mit, wobei ein Schwerpunkt in 2017 auf der Unterstützung der Landesgruppen in deren Öffentlichkeitsarbeit lag – diesbezüglich auch bei der Vor- und Nachbereitung von Gesprächen mit politischen Mandatsträger/innen und/oder der Ministerialebene. Ein weiterer Fokus lag auf der Pressearbeit rund um den Kampf für die Vergütungserhöhung während des Bundestagswahlkampfes. Auch organisierte, moderierte und protokollierte Frau Melzer von nic die monatliche Telefonkonferenz, an der Mitglieder der Landesgruppenvorstände, aus dem Bundesvorstand und aus der Geschäftsstelle teilnehmen.

## Wo konnte man etwas sehen?

### Internet

Der BdB hat 2017 zwei Websites betrieben: die des Verbandes (www.bdb-ev.de) und die des Qualitätsregisters (www.bdb-qr.de). Es wurde damit begonnen, die Homepage konzeptionell weiter zu entwickeln. Ein Archiv wurde geschaffen, Unterseiten mit neuen Inhalten entwickelt. Perspektivisch soll es mehr Tipps für die Praxis geben. Um schnellstmögliche Information wird sich stets bemüht. Über die Homepage soll langfristig auch Berufsbetreuer ein Gesicht gegeben werden und eine Stimme. Damit wurde mit dem Bericht zur Jahrestagung 2017 begonnen. Um die Meinungen und aktuellen Themen der Mitglieder zu erfahren, wurde die E-Mail Adresse themen@bdb-ev.de eingerichtet. Zahlreiche Betreuer haben bereits geschrieben. Ihren Fragen und Themen ist die Geschäftsstelle nachgegangen.

### Print

2017 erschienen vier Ausgaben der Verbandszeitschrift bdbaspekte. Konzeptionell ist damit begonnen worden, die bdbaspekte kontinuierlich serviceorientierter auszurichten. Zudem sollen auch in der Mitgliederzeitschrift mehr Gesichter von Berufsbetreuern zu sehen sein. Das Magazin will näher an den Arbeitsalltag seiner Leser rücken.

Im Bundesanzeiger Verlag erscheint die Zeitschrift BtPrax, in deren Herausgeberbeirat der BdB durch seinen Vorsitzenden Thorsten Becker und dessen Vorgänger Klaus Förter-Vonvey vertreten ist. BtPrax erscheint sechs-

mal im Jahr. Darin veröffentlicht der BdB regelmäßig eigens verfasste, aktuelle Verbandsinformationen.

### Pressearbeit

Im Zentrum der Pressearbeit 2017 standen die Ergebnisse der Studie des BMJV sowie anschließend das Gesetzgebungsverfahren.

Die Ergebnisse der Studie und daraus folgend die Sofortforderungen des BdB nach mehr Zeit für Klienten und höheren Stundensätzen für Berufsbetreuer/innen prägten die vielen politischen Gespräche, die Landesgruppen und Verbandsführung im ersten Halbjahr auf allen Ebenen führten. Die Aussagen der Politiker und Politikerinnen wurden in den Pressemeldungen dokumentiert und fanden Eingang in die Politische Perlenkette.

Die Zusammenarbeit mit den Landesgruppen intensivierte sich weiter. Insbesondere Schleswig-Holstein, Sachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bayern waren 2017 besonders aktiv, organisierten zahlreiche Gesprächstermine und banden Bettina Melzer frühzeitig ein. Ziel war es, zeitnah Pressemitteilungen zu verfassen und mit den politischen Ansprechpartnern abzustimmen, um den zeitlichen Abstand zwischen Gespräch und Veröffentlichung zu minimieren.

Im zweiten Halbjahr konzentrierte sich die Pressearbeit auf die persönliche Ansprache von Redaktionen, Journalistinnen und Journalisten, was zu einigen Veröffentlichungen führte – wie der Mainpost-Reportage von Angelika Becker über die Arbeit von Regina Köttling und ihrer Kollegin Gudrun Sedlmeyr. Becker erläuterte in ihrem Stück umfassend das System Betreuung. Zu Fragen der Qualität und Qualitätssicherung führte die Mainpost-Autorin ein Telefoninterview mit Thorsten Becker.

Das Jahr 2017 zeigte, dass der BdB zunehmend als Experte zum Thema Betreuung wahrgenommen und gefragt wird. Im April produzierte die TV-Journalistin Christine Daum-Faber für die 3SAT-Sendung NANO einen Bericht über die geplante Erweiterung der Zwangsbehandlung. Thomas Behrendt gab ein Fachinterview und erläuterte die Haltung des Verbands. Im Mai lud die Redaktion der Mittelbayerischen Zeitung Thorsten Becker zu einem Gastbeitrag über die Lage der Betreuung in Deutschland ein. Simone Weidner vom Finanztest führte im August ein Fachinterview mit Harald Freter zum Stand des Gesetzesvorhabens. Anlass war die Vertagung der Entscheidung im Bundesrat.

Manchmal ist kein Bericht auch ein gutes Ergebnis: Bei der Landesgruppe Berlin meldete sich eine große Zeitung mit mehreren Fragen und Unterstellungen. Das Referat Öffentlichkeitsarbeit unterstützte bei den Antworten und dem Vorgehen und nahm Kontakt zur Redaktion auf.

Zum Abschluss des Jahres wurden Ziele für die Pressearbeit 2018 entwickelt. Entsprechend der veränderten politischen Vorzeichen, der Ablehnung der Bundesländer, wird sich der BdB mehr darauf konzentrieren, bundesweite Aufmerksamkeit zu erreichen.

### Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaft

Auch 2017 gab es ein Zusammenwirken des BdB mit der Wissenschaft.

Hochschulabschlussarbeiten, die Aspekte rechtlicher Betreuung zum Inhalt haben, wurden im Bereich „Dokumentationen“ der BdB-Homepage veröffentlicht sowie Exzerpte und Hintergründe der Arbeiten und Autor/innen in der Verbandszeitschrift bdbaspekte vorgestellt. Studienarbeiten von Mitgliedern wurden mit Umfragen auf der BdB-Homepage veröffentlicht. Zur Hochschule Deggendorf, die einen vergütungsrelevanten Zertifikatslehrgang Betreuung anbietet, konnte ein Kontakt geknüpft werden, der 2018 weiter ausgebaut werden soll.

## Entwicklung in Zahlen

### Mitgliederentwicklung

Im Jahre 2017 konnte der BdB 465 Eintritte verzeichnen. Bei 6.350 Mitgliedern zu Jahresbeginn hatte der BdB damit am 31.12.2017 6.815 Mitglieder. Da bis zum Jahresende 2017 314 Mitglieder aus dem Verband austraten, hatte er am 1.1.2018 einen Mitgliederbestand von 6.501, also 151 (2,4 %) mehr als zu Jahresbeginn. Da 2017 bereits 74 neue Mitglieder mit Wirkung ab dem 1.1.2017 eintraten, hatte der Verband schließlich am 1.1.2018 einen Mitgliederbestand von 6.575.

Der Altersdurchschnitt der BdB-Mitglieder liegt bei 53 Jahren. Das Durchschnittsalter der neu eingetretenen Mitglieder in 2017 war 48 Jahre. Häufigster Grund für den Austritt aus dem Verband war die „Berufsaufgabe aus Altersgründen“, gefolgt von gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen.

Die zentrale Herausforderung des BdB ist daher eine nachhaltige Mitgliedererwerbung zu erzielen, weiterhin die Repräsentativität für den gesamten Berufsstand zu gewährleis-

**BdB-Pressemitteilungen 2017**

- 16.01.2017 **Geschäftsstelle**  
„Berichterstatte für das Betreuungsrecht im Bundestag sehen Handlungsbedarf | Berufsbetreuer arbeiten mehr als sie bezahlt bekommen“
- 23.01.2017 **Geschäftsstelle**  
Qualität in der Betreuung sichern | Ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Qualitätsverbesserung in der gesetzlichen Betreuung
- 24.01.2017 **Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern**  
DIE LINKE für Anerkennung und Stärkung der Berufsbetreuer/innen in M-V | Fraktion im Schweriner Landtag unterstützt Forderungen des BdB
- 27.01.2017 **Geschäftsstelle**  
Höhere Stundensätze für Berufsbetreuer/innen | Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünenfraktion im Bundestag unterstützt BdB
- 06.02.2017 **Geschäftsstelle**  
Studie belegt: Berufsbetreuer arbeiten 4,1 Stunden, bezahlt werden nur 3,3 | BdB hält kurzfristige Anhebung der Vergütung für dringend erforderlich
- 13.02.2017 **Landesgruppe Nordrhein-Westfalen**  
Parlamentarisches Frühstück: NRW-Politiker für Erhöhung der Stundensätze in der rechtlichen Betreuung
- 16.02.2017 **Geschäftsstelle**  
„Die Diskussion muss weitergehen!“ | Professionalisierung der Berufsbetreuung – eine Aufgabe für die nächste Legislatur
- 24.02.2017 **Geschäftsstelle**  
„Justizministerin Anke Spoorendonk irrt!“ | BdB stellt Zahlen richtig, mit denen Spoorendonk gegen eine Erhöhung der Vergütung argumentiert
- 08.03.2017 **Geschäftsstelle**  
„15 Prozent sind nur ein erster Schritt“ | Stellungnahme des BdB-Vorsitzenden Thorsten Becker vor dem Rechtsausschuss
- 20.03.2017 **Landesgruppe Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle**  
„Berufsbetreuer/innen leisten eine wertvolle Arbeit!“ | Justizministerin Katy Hoffmeister wertschätzt die Arbeit der Berufsbetreuer/innen
- 21.03.2017 **Landesgruppe Berlin**  
„Qualität und Vergütung korrelieren“  
Abgeordnete Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen) setzt sich für Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Berufsbetreuung ein
- 22.03.2017 **Landesgruppe Hamburg**  
„Ein ‚weiter so‘ können wir uns nicht leisten!“ | Katja Meier (Bündnis 90/Die Grünen) für Erhöhung der Betreuervergütung
- 30.03.2017 **Geschäftsstelle**  
„Das Steueraufkommen ist da“ | Podiumsdiskussion zu geplanter Vergütungserhöhung für Berufsbetreuer
- 31.03.2017 **Geschäftsstelle**  
„Betreuung gehört anständig bezahlt“ | MdB Katrin Werner (DIE LINKE) wünscht sich grundlegende Debatte über Qualität in der Betreuung und Reform des Systems im Sinne der Selbstbestimmung Betroffener
- 06.04.2017 **Landesgruppe Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle**  
„Es muss sich etwas tun. Aber der Bund muss zahlen.“ | Lars Harms (SSW) für Übernahme der Kosten durch den Bund
- 10.04.2017 **Landesgruppe Sachsen**  
„Die Arbeit der Berufsbetreuer muss angemessen und auskömmlich vergütet werden“ | Martin Modschiedler (CDU) trifft Vertreter des BdB im Landtag
- 11.04.2017 **Geschäftsstelle**  
Qualität in der Betreuung orientiert sich am Menschen | Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele möchte bessere Vergütung für mehr Qualität
- 12.04.2017 **Landesgruppe Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle**  
„Wir wollen Verbesserungen noch in dieser Legislaturperiode“ | Justiz- und rechtspolitische Sprecher von SPD und B'90/Die Grünen sind für Vergütungserhöhung
- 13.04.2017 **Landesgruppe Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle**  
„Die Vergütungserhöhung ist nachvollziehbar“ | Dr. Heiner Garg (FDP) für mehr Geld und mehr Professionalität
- 19.04.2017 **Geschäftsstelle**  
Ohne Wenn und Aber: Professionelle Betreuung anerkennen | Jahrestagung des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen in Radebeul (Einladung zur Jahrestagung)
- 19.04.2017 **Landesgruppe Hamburg, Geschäftsstelle**  
Verständnis für die Anliegen des BdB | Die Bürgerschafts-abgeordneten Christiane Blömeke und Dr. Carola Timm (Bündnis 90/Die Grünen) trafen sich mit BdB-Vertretern zum Informationsgespräch
- 28.04.2017 **Geschäftsstelle**  
Ohne Wenn und Aber: Professionelle Betreuung anerkennen | BdB-Vorsitzender Thorsten Becker fordert angemessene Ausstattung der professionellen Betreuung (Jahrestagung)
- 28.04.2017 **Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Geschäftsstelle**  
NRW-Justizminister Kutschaty (SPD) empfängt BdB-Vertreter
- 01.05.2017 **Geschäftsstelle**  
Vergütungserhöhung jetzt! Keine Frage der Kosten, sondern der Bewertung | Delegiertenversammlung des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen (BdB) verabschiedet Resolution für bessere Rahmenbedingungen
- 12.05.2017 **Landesgruppe Hessen**  
Gesetzesinitiative bleibt auf der Agenda | Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) traf BdB-Vertreter
- 19.05.2017 **Geschäftsstelle**  
Jetzt liegt die Zukunft in Händen der Länder Bundestag beschließt Vergütungserhöhung für Berufsbetreuer | Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. appelliert an Bundesrat
- 02.06.2017 **Landesgruppe Bayern**  
Forderung nach Vergütungserhöhung ist nachvollziehbar | Fraktionsvorsitzender Kreuzer (CSU) empfängt BdB-Vertreter/innen
- 21.06.2017 **Landesgruppe Rheinland-Pfalz**  
Justizministerkonferenz: BdB übergibt Resolution an Vorsitzenden Herbert Mertin | Bundesländer in der Verantwortung: Bundesrat entscheidet am 7. Juli über mehr Geld
- 07.07.2017 **Geschäftsstelle**  
Bundesrat vertagt Vergütungserhöhung | Berufsbetreuer/innen empört über mangelnde Anerkennung ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe
- 16.10.2017 **Landesgruppe Sachsen**  
„Es ist höchste Zeit, Berufsbetreuern mehr Unterstützung zu gewährleisten!“ | Michael Kretschmer (CDU) macht sich stark für Anliegen des BdB
- 16.10.2017 **Länderrat, Geschäftsstelle**  
„15 Prozent Vergütungserhöhung werden nicht mehr reichen“ | Länderrat des BdB beschließt Sofortforderung nach mehr Zeit für Klienten und mehr Geld
- 26.10.2017 **Landesgruppe Bayern**  
Bayern unterstützt Durchsetzung von Vergütungserhöhungen | BdB begrüßt Entwicklungen in der bayerischen Politik
- 24.11.2017 **Landesgruppe Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle**  
„Wahlversprechen wurden in Schleswig-Holstein nicht eingehalten!“ | BdB diskutiert mit Schleswig-Holsteins Justizministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack
- 07.12.2017 **Geschäftsstelle**  
Studie des BMJV belegt strukturelle Qualitätsmängel im Betreuungssystem | Berufsbetreuer haben zu wenig Zeit für ihre Klienten und werden nicht leistungsgerecht bezahlt

ten, den Zugang zum Nachwuchs auszubauen, die Verhandlungsmacht gegenüber der Politik weiter zu stärken und nicht zuletzt die ökonomische Basis für die weiter expandierende Verbandsarbeit sicherzustellen. Hinzu kommt das Erfordernis, auch für die im Verband zu besetzenden ehrenamtlichen Führungsaufgaben Nachwuchs zu gewinnen.

Die Mitglieder sind die Legitimationsgrundlage für den Verband und die Mitgliedsbeiträge sind die finanzielle Grundlage des BdB. Die Mitgliedererwerbungsleistung ist daher ein wesentlicher Teil der Verbandsstrategie.

**Finanzen**

Grundlage der Finanzplanung war der vom Länderrat am 23./24.02.2017 nach Vorbereitung im Vorstand und in einer Sitzung der Finanzverantwortlichen beschlossene Wirtschaftsplan für das Jahr 2017.

Die ursprüngliche Planung sah Einnahmen in Höhe von 1.784.500 Euro vor, was einer angesichts der rückläufigen Mitgliederentwicklung des Jahres 2016 vorsichtigen Einschätzung entsprach. Dieser Planansatz konnte mit tatsächlichen Einnahmen von 1.816.580,02 Euro deutlich überschritten werden, was vor allem auf die im Jahre 2017 wieder deutlich positive Mitgliederentwicklung mit den daraus resultierenden Beitragseinnahmen zurückzuführen ist. Auf der Ausgabenseite konnte

der Planansatz von 1.783.550,00,- Euro mit tatsächlichen 1.585.771,78 Euro um etwa 198.000,- Euro deutlich unterschritten werden. Neben einer sparsamen Mittelbewirtschaftung ist dies vor allem auf Minderausgaben in der Geschäftsstelle aufgrund von Vakanzen, Nichtinanspruchnahme der den Landesgruppen zur Verfügung gestellten Mittel und eine Auflagenreduktion bei der Zeitschrift Aspekte zurückzuführen. Erfreulich ist weiterhin die Entwicklung des Qualitätsregisters, bei dem aufgrund deutlich gestiegener Registrierungsanzahlen auch der Einnahmeüberschuss deutlich höher ausfiel als geplant.

Die Systematik der Kostenstellen bildet die Struktur des Verbandes ab. Auf ihrer Grundlage erhält der Vorstand regelmäßige Berichte über den Finanzstatus, ebenso der Länderrat auf seinen Sitzungen. Der Wirtschaftsplan wird inzwischen ebenfalls nach dieser Kostenstellensystematik aufgestellt und dem Länderrat zur Entscheidung vorgelegt.

Die Geschäftsstelle hat Anfang 2018 den vorläufigen Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2017 erstellt. Dieser so erstellte Abschluss wurde dem Länderrat in seiner Sitzung vom 8./9.3.2018 vorgestellt mit dem Hinweis, dass eine abschließende Erstellung durch den Steuerberater des Verbandes noch aussteht und insbesondere nicht zahlungswirksame Aufwendungen wie z.B. Abschreibungen noch

einberechnet werden müssen. Die Kassenprüfung fand am 14.3.2018 statt.

Der Steuerberater des Verbandes, Herr Dirk Nannen, hat den Jahresabschluss 2017 sowohl in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung als auch in der Kostenstellensystematik erstellt. Nachstehende Tabelle enthält die Darstellung der Kostenstellen. Dabei wurde ein Vergleich mit den Planzahlen des Wirtschaftsplans vorgenommen. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach handelsrechtlicher Systematik erstellt und wird hier nicht im Detail dargestellt, da eine Überführbarkeit in das Ergebnis der Kostenstellenrechnung gegeben ist. Festsustellen ist lediglich, dass die Kostenstellenrechnung mit einem Jahresergebnis von 230.808,24 Euro abschließt und der Geldrücklage 227.571,62 Euro zugeführt werden konnten, die damit einen Bestand von 794.087,41 Euro erreicht hat. Der Unterschied zwischen dem Ergebnis der Kostenstellenrechnung und der Zuführung zur Geldrücklage ergibt sich aus der Berücksichtigung von nicht in den Kostenstellen erfassten Aufwendungen wie Abschreibungen und Rückstellungen, Anschaffungskosten, die keinen Aufwand im Sinne der GuV darstellen sowie zum Stichtag am Jahresende nicht beglichener Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Das Anlagevermögen des Verbandes beläuft sich auf 47.390,40 Euro.

## Kostenstellenrechnung

Der BDB e.V. erstellt seit 2014 eine Kostenstellenrechnung. Entsprechend den bisher in der Ergebnisrechnung dargestellten Bereichen ergeben sich danach folgende Einnahmen:

Die Aufwendungen nach der Kostenstellenrechnung verteilen sich wie folgt:

1. Einnahmen	Plan €	Ist €
Mitgliedsbeiträge	1.636.000,00	1.657.441,16
Jahrestagung	53.600,00	50.289,00
Jahrestagung Werbung	2.000,00	2.044,03
Werbung	13.000,00	16.738,15
Lizenzen Kooperationspartner	48.000,00	51.630,24
Zeitschriftenverkauf, Bücher, Flyer	0,00	364,66
Raumvermietung	25.900,00	26.199,70
Sonstige Einnahmen/Spenden	0,00	3.353,68
Sonstige Einnahmen (19%) (u.a. ipb Nutzungsvertrag)	6.000,00	8.456,51
Zinserlöse	0,00	62,89
	<b>1.784.500,00</b>	<b>1.816.580,02</b>

2. Verbandsorgane	Plan €	Ist €
Länderrat	30.000,00	30.928,39
Aufwandsentschädigungen des Vorstands	98.700,00	98.616,00
Vorstand intern	23.300,00	27.725,74
Vorstand Lobbyarbeit	9.600,00	7.037,43
Vorstand Sonstige Ausgaben	2.400,00	3.707,00
	<b>164.000,00</b>	<b>168.014,56</b>

3. Verbandsorgane	Plan €	Ist €
Schiedskommission	1.000,00	1.399,16
BAGs	15.000,00	10.935,66
Beirat Qualitätssicherung	12.000,00	7.842,54
	<b>28.000,00</b>	<b>20.177,36</b>

4. Verband / Geschäftsstelle	Plan €	Ist €
Geschäftsstelle <sup>1</sup>	708.700,00	690.103,49
Verband	68.600,00	72.524,11
Politische Projekte	14.000,00	0,00
Politische Aktionen	15.000,00	16.986,87
Organisationsentwicklung	5.000,00	0,00
Aktivenschulung	24.800,00	12.281,97
Öffentlichkeitsarbeit	65.000,00	53.083,23
Beratungssystem	48.000,00	34.708,95
Beschwerdestelle	6.000,00	7.808,54
aspekte	180.000,00	162.667,77
kompass	39.500,00	33.285,93
	<b>1.174.600,00</b>	<b>1.083.450,86</b>

<sup>1</sup> Zur Aufgliederung der Geschäftsstellenpositionen in Tabelle 11.

5. Landesgruppen <sup>1</sup>	Plan €	Ist €
LG Baden-Württemberg	7.977,00	5.460,33
LG Bayern	8.997,00	6.498,84
LG Berlin	6.227,00	1.650,58
LG Brandenburg	5.740,00	1.050,38
LG Bremen	4.907,00	2.405,50
LG Hamburg	6.017,00	2.772,98
LG Hessen	7.102,00	7.194,86
LG Mecklenburg-Vorpommern	5.587,00	2.148,89
LG Niedersachsen	7.902,00	3.818,48
LG Nordrhein-Westfalen	12.087,00	5.805,07
LG Rheinland-Pfalz	5.957,00	1.471,58
LG Saarland	5.012,00	2.360,38
LG Sachsen	6.282,00	904,01
LG Sachsen-Anhalt	5.892,00	3.554,04
LG Schleswig-Holstein	6.247,00	5.260,55
LG Thüringen	5.567,00	1.218,31
reserve für politische Aktionen	15.000,00	0,00
	<b>122.500,00</b>	<b>53.574,78</b>

<sup>1</sup> Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.

6. ibp <sup>1</sup>	Plan €	Ist €
ibp Allgemein <sup>2</sup>	147.000,00	145.093,32
	<b>147.000,00</b>	<b>145.093,32</b>

<sup>1</sup> Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.

<sup>2</sup> Zur Aufgliederung der ibp Allgemein siehe Darstellung in Tabelle 12.

7. Tagungen / Konferenzen	Plan €	Ist €
Jahrestagung	144.200,00	119.531,17
Fachkonferenzen	5.000,00	0,00
	<b>149.200,00</b>	<b>119.531,17</b>

8. Qualitätsregister <sup>1</sup>	Plan €	Ist €
Qualitätsregister	-1.750,00	-4.070,27
	<b>-1.750,00</b>	<b>-4.070,27</b>

<sup>1</sup> Zur Aufgliederung des Qualitätsregisters siehe Darstellung in Tabelle 13

9. Zusammenfassung	Plan €	Ist €
Verbandsorgane	164.000,00	168.014,56
Verbandsorgane	28.000,00	20.177,36
Verband / Geschäftsstelle	1.174.600,00	1.083.450,86
Landesgruppen	122.500,00	53.574,78
ibp	147.000,00	145.093,32
Tagungen / Konferenzen	149.200,00	119.531,17
Qualitätsregister	-1.750,00	-4.070,27
	<b>1.783.550,00</b>	<b>1.585.771,78</b>

10. Ergebnis	€
Einnahmen (ohne direkt zugeordnete Einnahmen)	1.816.580,02
Ausgaben	1.585.771,78
<b>Jahresüberschuss lt. Kostenstellenrechnung</b>	<b>230.808,24</b>

11. Geschäftsstelle	€	€
Gehälter		
Gehälter	356.657,60	
Aufwand gesetzliche Sozialversicherung	74.559,30	
Erstattung Lohnfortzahlung	-4.775,37	
Aufwand zur Altersvorsorge	12.104,12	
Aushilfslöhne	450,00	438.995,65
Fremdleistungen / Honorare		33.976,77
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	111.252,36	
Nebenkosten (Strom etc.)	2.426,34	
Reinigungskosten	9.154,40	
Sonstige Raumkosten	0,00	122.833,10
Rechts- und Beratungskosten, Buchhaltung		27.749,36
Reisekosten		4.428,72
Bewirtung, Repräsentationskosten und Geschenke		859,78
Anschaffungen Anlagevermögen		2.877,65
EDV-Betreuungskosten und Instandhaltung		25.673,30
Geschäftsbedürfnisse		32.709,16
		<b>690.103,49</b>

12. ipb Allgemein	€	€
Pauschale Zuwendung:		
Länderseminare	4.725,00	
Qualitätsentwicklung	540,00	
Auditierung	2.380,00	
Existenzgründerberatung	5.298,00	
Rabatte	52.738,00	
Ertragszuschuss	81.319,00	147.000,00
Gesondert beauftragte Tätigkeiten		378,42
Rückforderung Ertragszuschuss 2016		-2.579,30
Zwischensumme		144.799,12
Ausbuchung Seminarforderungen 2016		294,20
		<b>145.093,32</b>

13. Qualitätsregister	€	€
Einnahmen		-27.139,32
Gehälter und Soziale Abgaben		11.374,08
		2.013,07
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	2.266,62	
Nebenkosten (Strom etc.)	50,09	
Reinigungskosten	182,69	
Sonstige Raumkosten	0,00	2.499,40
Anschaffungen Anlagevermögen		89,00
Rechts- und Beratungskosten, Buchhaltung		762,33
EDV-Betreuungskosten und Instandhaltung		774,97
Geschäftsbedürfnisse		5.556,20
		<b>-4.070,27</b>